

# Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle. Bezirk Merseburg

Das Volksblatt erscheint mit Beilagen. Es ist Publikations-Organ der gewerkschaftlichen und gemeinschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. Schriftleitung: Str. Märkerstraße 6. Fernsprech-Anschlüsse Nr. 2403, 2407, 2503. Persönliche Zustunftsverteilung mittags von 13 bis 14 Uhr. — Unverlangt eingehenden Manuskripten ist kein Bescheid beizufügen.

Bezugspreis monatlich 1,80 und 0,30 Mkt. Inhablungsgebühr, insgesamt 2,10 Mkt. für Abholer mindestens 0,45 Mkt. Belegpreis 2,10 Mkt. durch Botboten ausgestellt 2,50 Mkt. bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,40 Mkt. — Einzelnenpreis 15 Pf. im Einzelnen und 50 Pf. im Reflektier der Millimeter. Hauptvertriebsstelle: Str. Märkerstraße 6. Fernruf 2403, 2407, 2503. Reichsdruckort 2019 Göttingen.

## Die Jugend im Freiheitskampf

Mit der Eisernen Front für den Sieg der Sozialdemokratie

An der Spitze der Deutschen Republik steht seit dem 30. Januar die Regierung Hitler-Baumbach. Schon diese Namen sind ein Programm. „Abbau des Wohlfahrtsstaates“, „Erhaltung des Privateigentums“, „Vernichtung des Marxismus und der Novemberverbrecher“, das sind die Kampfparolen dieser reaktionären Konzentration.

Die Jugend erfreut sich der besonderen Fürsorge dieses Kabinetts. Der einzige positive Punkt in dem Aufbruch der neuen Reichsregierung ist die Anklündigung der Arbeitsdienstpflicht. Es soll eine Arbeitsdienstpflichtarmee als Zwangsersatzungsanstalt der deutschen Jugend geschaffen werden. Das ist die einzige Hilfe, die ein Kabinett unter der Leitung des „Arbeiterführers“ Hitler der großen Masse der erwerbslosen Jugend in Aussicht stellt.

Eine Million junger Männer und eine halbe Million junger Mädchen

und Frauen leiden seit Jahren unter den schrecklichen Folgen der kapitalistischen Wirtschaftskrise

Sie erwarten alle sehnsüchtig den Zeitpunkt, an dem sie wieder ihre Kräfte und ihre beruflichen Fähigkeiten in produktiver Arbeit anwenden können. Die Arbeitsdienstpflicht kann diese Erwartungen nicht erfüllen. Sie bringt auch keine Entlohnung, sie zerrüt die natürlichen Lebensgemeinschaften, sie kann den älteren unter euch keine materielle Basis für die Gründung der eigenen Familie bieten.

Es gibt nur einen Weg aus der Not dieser Krise, das ist die Beschaffung von freier Arbeit zu normalen Löhnen und Arbeitsbedingungen. Das aber ist der Weg der Organisationen der Arbeiterfront. Er soll jetzt nach dem Willen der Regierung für immer verbannt werden durch die Beseitigung der politischen Rechte der breiten Massen des Volkes, durch die Beseitigung der Demokratie.

Der „Kampf gegen den Marxismus“ hat keine anderen Ziele als die Erhaltung der Vormachtstellung des Großgrundbesitzes und der Schwerindustrie und die Vernichtung aller Kräfte, die die Staatsmacht zur Umgestaltung der Wirtschaft im Sinne der sozialistischen Forderungen der breiten Massen, insbesondere der Jugend, einsehen wollen.

In diesem Ringen kann der arbeitenden und vorwärtsstrebenden Jugend die Entschädigung nicht schwer fallen. Sie steht in der Front für soziale Gerechtigkeit, für innere und äußere Freiheit, für Gleichberechtigung, Frieden und allgemeine Erleuchtung.

Jugend der Eisernen Front!

Die politische und soziale Reaktion hat ihre letzten Reserven mobilisiert zum

Kampf gegen die Freiheitsbewegung des deutschen Volkes. Wir nehmen den Kampf auf. Das Recht und der Geist der Befreiung sind unsere Bundesgenossen. Seht alle eure Kräfte ein. Werbt neue Kämpfer gegen die drohende Gewaltherrschaft der vereinigten faschistisch-kapitalistischen Reaktion. Ihr habt euch in dem Kampfsjahr 1932 tapfer geschlagen, wir rechnen auch jetzt auf euch!

Die „neuen Herren“ haben uns die Vernichtung angedroht. Sie können uns nicht schrecken.

Die arbeitende und freiheitsliebende Jugend wird nicht eher ruhen, bis das Schlimme des 30. Januar in Deutschland wieder beseitigt ist.

Je mehr sie uns beschimpfen, je wilder sie gegen unsere Organisationen ausweichen, desto fester und entschlossener wird die Jugend der Eisernen Front zusammenstehen, um auf dem Boden der Befreiung unseren Ideen zum Siege zu verhelfen.

Die Reaktion hat sich in ihrem Haß gegen Volksherrschaft und Arbeiterbewegung geeinigt. Unsere Einheitsfront ist die Eiserner Front! Ihre Parolen und Ziele sind die Kampfeslosungen der jungen Arbeiterschaft. Freiheit!

Für die Jugend der freien Gewerkschaften: Walter Masche.  
Für die Jugend der Arbeitersportverbände: Fritz Wildung.

Für die Sozialistische Arbeiterjugend: Erich Ollenhauer.  
Für die Jugend des Reichsbanners: Franz Herroth.

## Der Zusammenbruch einer Wahllüge

Hitler und Papen sehen sich gezwungen, die Harzburger Beleidigungen gegen Braun und Severing zu bedauern

Den Nazi-Agitatoren und der schwarzweißen Presse ist zur Sache gegen die „Marxisten“ und zur Wahlpropaganda jedes Mittel recht. Wiederholt haben die Minister des Papen-Kabinetts den Mitgliedern der Regierung Braun-Severing die persönliche und politische Lauterkeit öffentlich zugestanden und besonders den Charakter und die Reinheit von Braun und Severing gerühmt. Tut nichts! Heute nennt die Nazi-Presse dieselben Männer „Diebe“ und an den Blatfüßen ist jetzt zu lesen, daß sie zwei Millionen Mark aus der Staatskasse zu unlauteren Zwecken hätten verschwunden lassen.

Heute können wir die Tatsache verzeichnen, daß Hitler und Papen gezwungen waren, die Beleidigungen gegen Braun-Severing und den Betrugsvorwurf an den Wählern zu bedauern. Es bedrückt eines Ganges des preußischen Ministerialdirektors Brecht zu Papen, um die Agitationslügen der Nationalsozialisten und Deutschen Nationalen an den Branger zu stellen.

„Auf die Vorkleinerungen Drehts wiederholte Vizekanzler von Papen seine am 30. Oktober 1932 dem Ministerpräsidenten gegenüber abgegebene Erklärung, „daß die Reichsregierung die persönliche Integrität des preußischen Ministerpräsidenten und seiner Amtsfolger nie angezweifelt habe“ und daß er den in

der Öffentlichkeit beschrittenen Weg persönlicher Ehrenkränkung bedauere. Er nahm von den weiteren Mitteilungen Kenntnis und verwies im übrigen darauf, daß die Kommission des Reichs zur Klärung der Angelegenheit das Gutachten der Oberrechnungskammer eingeholt hätten, vor dessen Eingang er im übrigen in der Sache nicht Stellung nehmen und in die Wahlpropaganda nicht eingreifen könne. Ministerialdirektor Dr. Brecht erklärte, daß die Staatsminister mit der Einforderung des Gutachtens der Oberrechnungskammer durchaus einverstanden seien, aber dagegen Verwahrung einlegten, daß in der Wahlpropaganda das

### Parteienoffen, Parteienoffen!

Unsere Versammlungen werden die Auffassung. Unsere Presse wird in stetig steigendem Umfang bedrängt. Das Recht der freien Meinungsäußerung ist eingeschränkt.

Wie einst Bismarck hat sich auch der jetzt amtierende Reichskanzler Herr Adolf Hitler vorgenommen,

Ergebnis dieses Gutachtens zu ihren Ungunsten vorzunehmen werde.“

Reichstagsler Hitler und Vizekanzler von Papen haben sich mit dem Wortlaut der vorliegenden Mitteilung über die Unterredung einverstanden erklärt. Besser konnte der neueste Harzburger Schwindel kaum entlarvt werden.

Im Anschluß an die vorerwähnte Besprechung hat Staatssekretär Dr. Robis, der Urheber des jetzt von den Nazis platzierten Protokolls über eine Staatsministerialtagung, folgendes Schreiben an Ministerialdirektor Dr. Brecht gerichtet:

„Ihrem Wunsch entsprechend befatige ich, daß

nach meiner Ueberzeugung irgendein Vorwurf gegen die persönliche Integrität der an dem Beschluß vom 6. April a. J. beteiligten Minister völlig ausscheidet; etwas Derartiges kann auch nicht aus der Aufzeichnung vom 30. Juli entnommen werden. Ich befatige Ihnen ferner, daß die Niederschrift über die fragliche Sitzung Anfang September zu den Akten des St.-Min. gelangt ist. Ich stelle Ihnen anheim, von diesem Briefe den Gebrauch zu machen, den Sie für richtig halten.“

Mit diesen beiden amtlichen Erklärungen bricht eine der niedrigsten Wahllügen gegen den „Marxismus“ zusammen.

### Beschlagnahmt und verwahrt

Die gestrige Nummer unserer Zeitung wurde in den Nachmittagsstunden beschlagnahmt, außerdem erhielt die Redaktion eine Verwarnung mit dem Inhalt, daß künftige Verträge gegen die Presseüberwachung zum Schutze des deutschen Volkes das Verbot der Zeitung nach sich ziehen würden.

in 10 Jahren den Marxismus in Deutschland auszurufen. Tatsächlich meint er damit die Sozialdemokratische Partei und wandelt dabei auf den Spuren Bismarcks, der allerdings an dem Feld Sozialdemokratie scheiterte. Wir fragen uns nur, ist Herr Hitler stärker als ein Bismarck?

Man kann unsere Presse verbieten, man kann einzelne Führer und Mitglieder abknallen; aber man kann den Geist nicht töten, der in unserer Bewegung lebt. Man kann auch euch, den Millionen sozialistischer Anhänger, nicht den Mund verbieten, wenn ihr hinausgeht und für die Aufklärung sorgt.

Ruft das Material, das eure Gegner euch heute in so verwerflicher Weise gegen sich

selbst liefern. Mäkt die Bewirren und Verbrechen, die politisch noch Unreifen auf über Reden und Taten. Seht an die Stelle der gedruckten, die lebendige Zeitung.

Beweist durch eure Aktivität in der Einzelpropaganda, daß man uns wohl Schwierigkeiten machen kann, daß aber am Widerstand unsere Kräfte wachsen. Jetzt euch der Wortkämpfer aus der Zeit des Sozialisteneingezugs würdig. Sie haben uns Wege gemiesen, den Terror mit geistigen Waffen zu überwinden. Terror ist immer ein Zeichen von Schwäche.

Die Zukunft ist unser, wenn jeder von euch seine Pflicht tut in der Erkenntnis vom Ernst der Stunde, im Vertrauen auf unsere gute Sache und mit dem Willen zum Sieg.

Ruft die Zeit bis zum 5. März durch Aktivität, Disziplin und Einigkeit für die Sache!

Jungarbeiter, kämpft um eure Rechte! Hinein in die Sozialistische Arbeiterjugend!

Wie einst Bismarck hat sich auch der jetzt amtierende Reichskanzler Herr Adolf Hitler vorgenommen,

# Befcheidene Nazis

Wie sie heute den Dank des Vaterlandes verdienen

Kein größer wirtschaftlicher und politischer Schweregrad war es in der Nachkriegszeit unter dem Häuflein Dreck der Sozialdemokratischen, das materielle Dasein der Kriegsoffer einermöglichen. Die Opfer des Krieges wurden weit über 1 1/2 Milliarden für die Versorgung der Kriegsoffer ausgegeben. Im Jahre 1928, unter der Regierung Hermann Müller, waren es über 1000 Millionen M. Seitdem ist der Abbau der Kriegsversorgung, vor allem unter der Regierung der Papen-Barone, derart zurückgegangen, daß im Jahre 1932 nur noch rund 1300 Millionen für die Kriegsoffer verwendet wurden: eine Kürzung von rund 500 Millionen oder fast 30 Proz.

Die große Bitterkeit, die diesem Unterstufungsabbau folgte, fand ihren Niederschlag in Anträgen, die im Reichstag zur Verbesserung des Loses der Kriegsoffer eingebracht wurden. Auch die nationalsozialistische Fraktion hat im Dezember 1932 Anträge gestellt, die die früheren Leistungen des Reiches für die Opfer des Krieges in vollem Umfang zurückverlangen. Danach sollten die durch den natürlichen Abgang in der Reichsversorgung eingeparteten Mittel zur Sicherung einer gerätlichen Altersversorgung der Kriegsoffer bereitgestellt werden. Außerdem verlangen die Nationalsozialisten, daß die in früheren Jahren neben den Kriegsveteranen gewährten Unterstufungen der Sozialversicherung in vollem Umfang wiederhergestellt werden.

Das war die Forderung der Nationalsozialisten im Dezember 1932, also vor etwa 10 Wochen. Anzumerken haben sie die Regierung übernommen. Jetzt hat die Hitler-Regierung eine Verordnung zur Milderung der Härten in der Sozialversicherung und in der Reichsversorgung erlassen. Sie paßt zu den Naziforderungen vom Dezember 1932 wie die Faust aufs Auge. Während die Nationalsozialisten dem Reichstag vor 10 Wochen der Meinung war, daß die Pflichten der deutschen Nation den Opfern des Krieges gegenüber in den Opfern und Leistungen des deutschen Soldatenums zu ausschließlich begründet sind, daß kein Staatsnotstand dazu berechtigt, die Gegenleistungen der Nation den Kriegsoffizieren durch Notverordnungen einzuschränken (Reichstagsantrag Nr. 234), sind die Nazis inzwischen anderer Ansicht geworden.

Start die Leistungen wieder einzuführen, die „massive“ Regierung bis zu einer Höhe von 1000 Millionen Mark zur Verfügung gestellt haben, begünstigt hat die Regierung Hitler damit, einen vollständig neuen Teil der bestehenden Härten aufzuheben. Die Leistungen der Kriegsversorgung werden nicht um 500 Millionen erhöht, wie es dem Stande von 1928 entsprechen würde, sondern um ganze 28 Millionen! Was diese Summe bei einer Gesamtversorgung von jetzt jährlich 1300 Millionen Mark ausmacht, ist ohne weiteres einsehend und bedarf keiner näheren Erläuterung.

Es ist keine Rede mehr davon, daß die früheren Renten wieder hergestellt und eine Altersversorgung für die Kriegsoffer eingeführt wird. Es werden noch nicht einmal die Unterstufungen der Sozialversicherung in vollem Umfang wieder aufgenommen. Von dem bisher ruhenden Belagtrag dieser Anwaltsrenten soll lediglich ein Drittel wieder gewährt werden. Außerdem soll die Altersgrenze für die Gewährung von Kinderzulagen und Weisenernten von 15. auf das 16. Lebensjahr erhöht werden. Der Papen-Papen-Notverordnung war die Altersgrenze das 18. Lebensjahr.

# An die Kriegsoffer!

Ein Aufruf

Der Reichsbund der Kriegsbekämpften, Kriegsteilnehmer und Kriegeshinterbliebenen wendet sich mit einem Aufruf an die deutschen Kriegsoffer.

„Die Staatsgewalt“ — beginnt der Aufruf — „geht vom Volke aus! Dieses verfassungsmäßige Grundrecht der Deutschen steht am 5. März zur Entscheidung. Ihr Kriegsoffer seid wieder zur Reichstagswahl aufgerufen. Zu dieser großen Auseinandersetzung eure Stimme zu erheben, habt ihr ein besonderes Recht. Wan hat von euch den Einsatz von Leben und Gesundheit gefordert, als im Weltkrieg um den Bestand von Reich und Volk ging. Wan kann euch nicht zumuten, feige zu schweigen, wenn es erneut um das Schicksal der Nation geht. Ihr habt das Vaterland in schwerer Zeit vornehmlich verteidigt. Ihr habt Gesundheit, Blut und Leben für sein Bestehen eingesetzt. Niemand darf es wagen, euch als Menschen ohne Nationalgefühl zu beschimpfen.“

Das Kernstück des Aufrufs besteht in einer wirkungsvollen Gegenüberstellung dessen, was die Kriegsoffer fordern und abgeben. Es lautet:

„Wir wollen nicht zurück zu den alten Verhältnissen der Kriegs- und Vorkriegszeit!

Wir wollen begreifen, was wir seit der Staatsumwälzung 1918 zü erdulden haben.

Wir wollen nicht die wirtschaftlichen Opfer des Krieges sein.

Wir wollen wiedergeboren, als wirtschaftliche

Kriegsfolgen und ihre Kräfte durch Notverordnungen was zerstört haben.

Wir wollen nicht zurück zur Militärversorgung der Vorkriegszeit, zu Ehrenlohn und Kitzeln.

Wir wollen begreifen, was die Kriegsoffer und Vorkriegsopfer, die geistlichen Schatz der Kriegsoffiziere in Wirtschaftslieben und soziale Rücksichtnahme.

Wir wollen nicht willkürliche Objekte der Gesetzgebung und Behörden sein.

Wir wollen Mitwirkung in der Gesetzgebung und Verwaltung, Anteil an der Verantwortung.

Wir wollen nicht, daß die Opfer des Krieges

zuerst die Opfer der Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftsliebe sind.

Wir wollen, daß alle Kriegsoffer sich in Staat und Wirtschaft ihren Anteil erwerben können und das Recht auf Anwartschaft im öffentlichen Dienst erwerben können.

Wir wollen nicht, daß die Kriegsoffer als Berechtigter der deutschen Scholle von ihrem Recht ausgeschlossen sind.

Wir wollen, daß die Kriegsoffer zur Erhaltung ihres Besitzes vor allen anderen schuldlos bleiben.

Wir wollen den Sozialstaat, wir wollen den Staat der Volkswohlfahrt!

Wie ist dies alles zu erreichen? Nicht in autoritären Staat, nicht in der Diktatur, nicht im Staat einer Partei! Die Erneuerung einer Nation ist nach jedem Zusammenbruch nach immer Aufgabe aller Glieder der Nation gewesen. Nur in Demokratie und Freiheit kann diese Erneuerung geschehen!

„Deshalb Kameradinnen und Kameraden — laßt die Kraft auf — bekennt euch auf euch selbst! Bekennt euch auf die Kraft der Demokratie! Bekennt euch auf eure unerbittlichen Rechte!“

„Bei eure Stimme nur für Demokratie und Republik.“

# Wie Deutschland den Krieg verlor

Nach heldenmütigem Abwehrkampf des deutschen Volkes / Die Friedensforderung der Obersten Heeresleitung

Wie war es Ende 1918? Hier ist ein drittes Schreiben, das dennoch nicht oft genug dem Volk ins Gedächtnis gerufen werden kann. Wir empfehlen dies Schreiben der besonderen Beachtung aller Wähler der nationalsozialistischen Front. Es lautet:

Berlin, 3. Oktober 1918.

An den Herrn Reichstagsrat!

Die Oberste Heeresleitung bleibt auf Ihrer am Sonntag, dem 28. September d. J., gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedensangebotes an unsere Feinde bestehen. Infolge des Zusammenbruchs der maoebonischen Front,

der dadurch notwendig gewordenen Schmelzung unserer Weltreserven und infolge der Unmöglichkeit, die in den Schlächten der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Verluste zu ersetzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feinde den Frieden aufzujagen. Der Gegner seinerseits führt ständig neue frische Kräfte in die Schlacht. Noch steht das deutsche Heer festgelegt und wehrt fähig alle Angriffe ab. Die Lage verspricht sich aber täglich und kann die Oberste Heeresleitung zu schwerwiegenden Entscheidungen zwingen. Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abzubrechen und dem deutschen Volke zu seinen

Verbündeten nutzlose Opfer zu ersparen. Jeder verläumt Tag kostet Tausenden von tapferen Soldaten das Leben.

„Sollte dieser Brief nicht genügen, so vermessen wir auf die Ausführungen eines Intimen Freundes von Herrn Minister Hugenberg, Dr. Ludwig Bernhart, ordentlichem Professor der Staatswissenschaften an der Universität Berlin, in seiner Schrift „Der Jugenbergs Konzepte“. Einen Monat später, am 19. Juli, erfuhr ich, daß nach Ansicht der Operationsabteilung Hindenburgs der Krieg verloren sei.“ Am 19. Juli 1918. Wer wagt angedeutet dieser Zeugnisse die Dolchstoßlegende zu verteidigen?

# Die nationale Blaupur: Dreizehn Schwerverletzte

# Schüsse nach der Brüning-Rundgebung

Der ehemalige Reichskanzler muß unter Dolchseideckung Kaiserslautern verlassen

Eigener Bericht

Stuttgart, 21. Februar.

Am Anschlag an eine Wahlversammlung der Bayerischen Volkspartei und des Zentrums in Kaiserslautern, die am Montagabend stattfand, geiffen Nationalsozialisten Dr. Brüning und die Verfassungsteilnehmer an.

Dr. Brüning mußte unter polizeilicher Bedeckung aus der Stadt geleitet werden. Ein später gebildeter Festzug wurde von einer schreienden Menschenmenge angefallen, wobei zahlreiche Schüsse abgegeben wurden. Auf dem Marktplatz entwickelte sich zu gleicher Zeit eine schwere Schlägerei, so daß sich das den Zug begleitende Ueberfallkommando beurlaubt sah, die Straße wiederum zu räumen. Auf dem Wege

zum Aufstufungsplatz wurde der Zug und die begleitende Polizei mit Pfeilkräften bedroht. Die von auswärts erschienenen Verfassungsteilnehmer mußten von der Polizei über die Stadtgrenze hinaus geleitet werden. Dreizehn Personen wurden durch Schüsse am Kopf verletzt.

Zwei Nationalsozialisten wurden wegen bedrohten Lebens gefährlich genommen.

# Hugenberg und Dsthilfe

Wie er den Standal unterfuchen lassen will

Die Reichsregierung kündigt an, daß sie eine Kommission zur Prüfung der Möglichkeiten in der Dsthilfe einsetzen will, der acht Abgeordnete verschiedener Reichstagsfraktionen unter Ausschluß der Kommunisten angehören sollen. Als Vorsitzender dieser Regierungskommission ist der frühere deutschnationale Reichswirtschaftsminister Neuhaus in Aussicht genommen.

Die Absicht des Herrn Hugenberg ist nicht geeignet, das Mißtrauen der Deutschen gegen seine Unterstufung zu beseitigen, die nicht in den Händen einer völlig unabhängigen und objektiven Stelle liegt. Sie ist in der Reichsversammlung und durch das Haushaltsrecht des Deutschen Reiches vorgeschrieben. Bis zum Zusammentritt des neuen Reichstags ist das verfassungsmäßige Organ für solche Unterstufungen der Ueberwachungs-ausschuss. Die Reichsregierung hat daher dafür zu sorgen, daß die Arbeit des Ueberwachungs-ausschusses nicht weiter behindert wird. Sollte jedoch auch die Reichsregierung den Ueberwachungs-ausschuss ausschalten beabsichtigen, so kann eine Beteiligung an der Regierungskommission zur Unterstufung der Dsthilfe schon infolgedessen nicht in Frage kommen.

als die Auforderung Hugenbergs an die Abgeordneten zur Mitwirkung an dem von ihm eingeleiteten Ausschuss bisher keine Sicherungen für eine völlig objektive Unterstufung enthält. Auch ist nichts darüber bekannt, ob die Ergebnisse der Unterstufung der Dsthilfe unterteilt werden sollen.

Der Ausschluß der Kommunisten von der Unterstufung der Unterstufung der Dsthilfe ist einseitig und unbegründet.

# Aufgehobene Verbote

Neue Verbote

Seit dem 1. Februar werden die Setzungen der „Marxisten“ wie am laufenden Band verboten. Wie wenig stichhaltig viele Verbotsgründe sind, beweisen die Urteile des Reichsgerichts.

Der Bekämpfer des „Vorwärts“-Verbots ist vom 5. Strafamt stattgegeben. Das Verbot für rechtswidrig erklärt worden. Den gleichen Erfolg haben jetzt folgende sozialdemokratische Blätter beim Reichsgericht erlangt: „Volkswacht“-Trier, „Volkswacht“-Breslau, „Volkswacht“-

„Merramacht“-Eisenach, „Dsthüringischer Volkszeitung“-Altenburg, „Dsthüringischer Tribune“-Bera und „Reichliche Volkszeitung“-Brieg. Die Kosten des Verfahrens wurden dem Staat auferlegt. Jetzt folgt für die unberechtigten und aufgehobenen Verbote die Schadenersatzklage.

Das Fliedband der Presseverbote ist nicht kostenfrei für die Steuerzahler und der Erfolg der betreffenden Klagen ist zugleich ein Zeichen für den Mißgiff und schweren Mißerfolg der Verbotsebene.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat die kommunistischen Zeitungen „Sozialistische Republik“ in Köln, „Freiheit“ in Düsseldorf, „Ruh-Edo“ in Essen mit allen Kopierarbeiten mit sofortiger Wirkung bis zum 28. Februar verboten. An einem Artikel „Hitler regiert“ soll der Reichstagsrat verächtlich gemacht worden sein. Ferner sind verboten worden die Zentrumszeitungen „Eusfirchner Volksblatt“ wegen Verleumdung der Reichsregierung und die „Dürren Zeitung“ wegen Verleumdung leitender Beamter auf je drei Tage.

# Hamburgs Staatspartei

Gegen eine Koalition mit Nationalsozialisten

Die Deutsche Staatspartei teilt mit: Die Mittelungen aus Hamburg, wonach die dortige Staatspartei eine bürgerliche Koalition einschließlich der Nationalsozialisten mitmachen wolle, um eine Neubildung des Senats unter Ausschluß der Sozialdemokraten zustandebringen und gleichzeitig die Auflösung der Bürgerkammer zu verhindern, haben sich als falsch erwiesen. Daß solche Meinungen von rechts gestellt worden sind, ist ebenso richtig wie ihre Ablehnung durch die Hamburger Staatspartei. Der derzeitige regierende Hamburger Bürgermeister Dr. Petersen würde übrigens, wie er uns zu erklären ermächtigt, auf einer solchen Grundlage weder einen Sitz im Senat übernehmen, noch sein Mandat in der Bürgerkammer behalten.

# „Schul- und Lehrfreiheit“

Der preussische Unterrichtsminister hat auf am Dienstag mit sofortiger Wirkung den Vizepräsidenten des Berliner Provinzial-Schulrats, den Sozialdemokraten König und die beiden Abteilungsdirektoren Dr. Stenzel (D. B.) und Nummerow (SPD) mit sofortiger Wirkung beurlaubt. An ihre Stelle treten ein

Oberlehrer Dr. Moeller und ein Regierungsdirektor Hoffentien.

Beurlaubt wurde ferner der Leiter der Berliner Karl-Marx-Schule, Oberleitender Direktor Dr. Karlen, dem zugleich sein Beurlaubungsauftrag an der Universität für ausländische Schulwesen entzogen werden soll. Karlen ist Sozialdemokrat und einer der besten und bestbezahlten Pädagogen Deutschlands. Die von ihm organisierte Karl-Marx-Schule ist eine höhere Lehranstalt mit der modernsten Erziehungsmethode, die von den europäischen Pädagogen und vielen Rändern als Musteranstalt betrachtet und nachgeahmt worden ist. Seit Jahren ist den Karl-Marx-Schule ein Dorn im Auge.

# Liste 2!

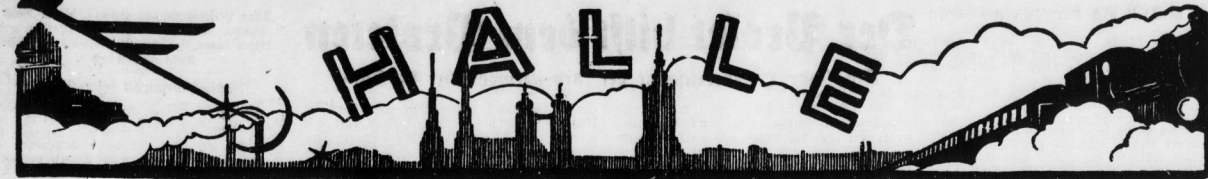
Nicht Reichswahlvorschlüge

Der Reichstagsausschuss, der am Dienstagmittag unter Vorsitz des Reichswahlleiters Professor Dr. Wegmann sechs Prüfung und Zulassung der Reichswahlvorschlüge für die Reichstagswahl am 5. März zum Inhalt hat, hat von den neun eingereichten Vorschlägen folgende acht zugelassen:

1. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitler-Bewegung)
2. Sozialdemokratische Partei Deutschlands
3. Kommunistische Partei Deutschlands
4. Deutsche Zentrumspartei
5. Kampffront Schwarz-Weiß-Rot
6. Bayerische Volkspartei
7. Deutsche Volkspartei, Christlichsozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung), Deutsche Bauernpartei, Deutschhannoversche Partei
11. Württembergischer Bauern- und Weingärtnerbund (Landbund)

Die Zwischennummern 8 bis 10 fallen aus, weil sie für andere im Reichstag bisher vertretene Parteien vorgeschlagen waren, von denen keine eigenen Reichswahlvorschlüge eingereicht worden sind. Nicht zugelassen wurde der Reichswahlvorschlüge der „Sozialistischen Kampfgemeinschaft“, die auf Grund der Sammlung von 60.000 Unterschriften im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau einen eigenen, bereits zugelassenen Reichswahlvorschlüge hat. Für die Reichskasse fehlten aber an den 20 notwendigen Unterschriften der Ablauf der gesetzlichen Frist 16 der Vertreternummern, wie er in der Sitzung gab, nicht rechtzeitig eingehalten konnte. Die Ablehnung erfolgte gegen die Stimme des bisherigen kommunistischen Reichstagsabgeordneten Loggier.





### Invocavit

Der 5. März ist eigenartigerweise der erste Feiertag in diesem Jahre, der Sonntag, der den für eine Reichstagswahl sehr passenden Namen führt: „Invocavit“, das heißt auf deutsch: „Er hat angerufen“. Angerufen hat, der Reichstag aufgelöst hat; angerufen wird das deutsche Volk. Wenn das deutsche Volk am 5. März auf den Anruf nicht die richtige Antwort erteilt, sich vernünftiger Weise durch die hemmungslose Agitation rechtsstehender Kreise, wenn ihnen die Wahl zufällt, dann wird es auch jene symbolische Bedeutung haben, daß mit dem Sonntag „Invocavit“ eine neue Ära beginnt, deren Ende diesmal nicht abzusehen sein wird.

### Hollische Frauen gegen die Nazis

Der Vorstand und Aufsicht des Verbandes Hollischer Frauenvereine übermitteln uns eine Entschließung zur Wahl, in der es unter anderem heißt:

„Der Verband Hollischer Frauenvereine als überparteiliche Zusammenfassung der überwiegenen Zahl der hollischen Frauenvereine und vereine richtet an seine Mitglieder die dringende Bitte, bei den bevorstehenden Wahlen von ihrem hollischstämmigen Wahlrecht Gebrauch zu machen und dafür Sorge zu tragen, daß die Stimmen der angehörenden Frauenvereine denjenigen Parteien zugeführt werden, welche die Wahrung der Frauen in hollischbürgerlichem Leben bejahen und dieser Stellung Ausdruck geben durch die Ausschaltung von Frauenkandidaturen für die kommenden politischen Wahlen in Reich und Staat.“

Diese Entschließung richtet sich gegen die Nationalsozialisten, die es seit jeder Ablehnung, Frauen in die Volksvertretung zu entsenden. Für sie hat die Frau, wie es Goebbels ausdrückte, überhaupt nur die Aufgabe, „sich zu sein und Mund zu halten“. Konsequenz hätte aber die Frauenvereine verpflichtet, zur Wahl der Liste 2 aufzuführen, da die Sozialdemokratie den Frauen überhaupt erst das Wahlrecht verlieh.

### Dr. Weidner in Halle

Der neue Oberpräsident der Provinz Sachsen, Dr. Weidner, hat heute vormittag der Stadterhebung Halle seinen Besuch abgeleistet. In Vertretung des Oberbürgermeisters, der zur Zeit im Urlaub ist, begrüßte Bürgermeister Weidner den Oberpräsidenten.

### - agung, der Kleinindustrieller

Unter Vorsitz des Bundespräsidenten des Reichsindustriellen, Oberbürgermeister Dr. Hellan (Eisenburg) fand in Halle eine Mittglieberversammlung der Provinzial-Sächsischen Städteverbände statt. Der geschäftsführende Präsident Dr. Saefel (Berlin) hielt ein Referat über aktuelle Fragen der Kommunalverwaltung, insbesondere über die vorläufige Gestaltung der Einnahmen und Ausgaben in den Gemeinden und über das kommunale Arbeitsbeschaffungsprogramm. Abhandlung sprach der Geschäftsführer des Sparkassenverbandes, Herr Browing (Zadfen), Rühlmann, über die vom Sparkassenverband in Verbindung mit dem Städtebund ausgearbeitete Mittelrechnerordnung.

### Sozialistische Wohnendenschule

Der nächste Kursusabend „Mannschaft“ findet am Freitag, den 24. Februar, abends 7.30 Uhr, im „Angut-Bebel-Haus“, Gr. Märkerstr. 7, Sinterhaus 3 Treppen, statt.

### 10. Ortsbeirat, Freitag, den 24. Februar, abends 8 Uhr, im Sozial. Springersiedler-Wirtgläubervereinigung

## Das Ziel: Die Kaiserfahrt!

### Was die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot will

„Die Deutschnationale Volkspartei ist sich immer klar darüber gewesen, daß sie auch eine Partei braucht, die die Massenwirkung kennt.“ Also umschrieb in der gestrigen deutschnationalen Wahlkundgebung im Stadtschloßhaus Herr Geheimrat Duag die Rolle, die die Partei des Herrn Eugenbezug der Nationalsozialisten zugeordnet hat. Wofür aber braucht man die Nazis? Das sagte auch Herr Duag mit folgendem Schlußsatz seines Referats:

„Wir sind der Überzeugung, daß das, was wir wollen, erst erreicht wird, wenn wieder die Kaiserfahrt über einem freien Deutschland weht!“

Damit ist die Sache endlich aus dem Saal. Zum Weis das deutsche Volk: Das einzige Ziel der „nationalen Einigung“ ist die Wiedererrichtung des alten kaiserlichen Deutschlands. Es wird weder den „deutschen Sozialismus“, noch die „Bewegung der Zinsschneiderei“, noch die „Bewegung der monarchistischen Restauration“. Die Nationalsozialisten müssen zur Erreichung dieses Zieles die Massen herbeiführen, so bald das Ziel erreicht ist, braucht man sie nicht mehr. Die Regierung sieht das auch genau zu wissen, denn sie verläßt auch ihrerseits wieder, dem Sozialpartner nur die Rolle der Hilfsstellung für die eigenen Ziele zuzuschreiben. Die Nazis haben Anweisungen erhalten, in Diskussionen mit Deutschnationalen und Stahlhelmern vor der Wahl äußerste Zurückhaltung zu betreiben, nach der Wahl bekämpfen sie, die Deutschnationalen und Stahlhelmer, sowie den Tritt. Das ist die mit „Treu und Glauben“ besiegelte Grundregel, auf der die „nationale Einigung“ basiert!

Die gestrige Versammlung offenbarte übrigens noch ein weiteres:

**Die Parteiführung ist schon wieder beschwunden.**

Die neue Firma, unter der sich die Deutschnationale Volkspartei jetzt der Wähler zeigt, die „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“, hat selbst in Halle eine solche „Zugkraft“, daß nicht einmal der kleine Stadtschloßhaussaal gefüllt wird. Höchstens 100 ältere Herren und ebenso viele Damen sowie 20 Greisenbesen bevölkerten den Saal, in dem viele Tische noch völlig frei waren. Der Herr Geheimrat war daher auch sehr peinlich berührt von dieser Zustände und er flohte flüchtig darüber, daß das nationale Bürgeramt bereits wieder auf seinen Vorbereden einschlafen wollte. Zwar

meinte er noch pflichtschuldigst, daß Deutschland seine neue nationale Regierung aus „Kampffront“ solle, unser guter Schurke Wisse aber vom schon weniger Optimist, denn er sagte, die Wahlen sollten zeigen, daß diese neue Regierung von deutschen Wählern „auch gewollt“ würde und er hoffte, daß diese Wahlen die letzten seien. Der Geheimrat freute sich im übrigen sehr über

### die neue Firmenänderung der Deutschnationalen.

Nur der firmiert immer wieder neu, dessen Geschäfte nicht immer durchsichtig sind. Die Deutschnationalen haben zu verbergen, daß sie die Partei der hintersten Reaktion sind. Das deutete Herr Duag ja auch an, als er sagte, sie hätten die Forderung mit aufgenommen für alle, die auf „nationaler Grundlage stehen wollten. Als er schließlich zu wirtschaftlichen Problemen überging, zeigte er sich von einer getarnten erhabenden Abhängigkeit. Die Kräfte der Arbeiterschaft besäßen nach Geheimrat Duag einzig und allein in der Politik der Weimarer Regierungen, der Erfüllung und Schuldpolitik und der „unerfährlichen inneren Korruption.“ Wie so dann Mussolini in Italien und der Kapitalismus in Mexiko der Arbeiterschaft besäßen nach Geheimrat Duag einzig und allein in der Politik der Weimarer Regierungen, der Erfüllung und Schuldpolitik und der „unerfährlichen inneren Korruption.“ Wie so dann Mussolini in Italien und der Kapitalismus in Mexiko der Arbeiterschaft besäßen nach Geheimrat Duag einzig und allein in der Politik der Weimarer Regierungen, der Erfüllung und Schuldpolitik und der „unerfährlichen inneren Korruption.“

### Ein böser Scherz unterließ dem Herrn Geheimrat, als er sagte, die Sozialdemokratie sei nur der Verächter des Volksweltismus.

„Sie werden es noch alles erleben!“ Du lieber Himmel! Wir dachten doch, die nationale Regierung werde für immer bleiben? Wie so dann denn das deutsche Volk noch erleben, was Sozialismus und Volksweltismus ist? Hier spielte das Unterbewußtsein dem Herrn Redner einen Streich.

**Diese Herrschaften glauben selbst nicht an den Sieg!**

Sie haben Angst, maßlose Angst, daher reden sie sich selbst Mut ein, indem sie sagen, die nationale Regierung bleibe, auch wie die Wahlen ausfallen. Dem Volke möge aber noch einmal der Augen geoffnet werden, was das eigentlich die Ziel der Nationalen ist. Sie wollen, wie Herr Duag offensichtlich bemerkte, „einen Staat der Autorität und der Tradition im Sinne der Hohenzollern!“

Genügt das noch nicht?

## Um den Tarifvertrag

### Unternehmervertreter fordert Beseitigung des Schlichtungswesens

Im Rahmen der Vortragsreihe des Instituts für Arbeitsrecht an der Universität Halle über den Tarifvertrag sprach der Abteilungsleiter des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, Ringel aus Hamburg, über das Thema „Die Angelegenheiten und der Tarifvertrag“. Er behandelte im wesentlichen die praktische Seite des Problems. Der Redner kennzeichnete den Tarifvertrag als notwendiges Ergebnis der Sozialpolitik, deren Wesen die Freiheitsbewegung einzelner Gruppen gegenüber anderer Gruppen sei. Er erklärte an, daß es im wirtschaftlichen Leben Gegenstände anstatten gäbe und wendete sich dabei auch gegen die Werksvereine, die, da sie keine überbetrieblichen Organisationen seien, nicht aus keinen wahren Interessen gegenüber bilden könnten. Entschieden wendete er sich dann gegen die Vermittlung des staatlichen Schlichtungswesens seit Bayern. Solange nicht die Voraussetzungen vorhanden seien, daß zwischen den

Partnern bei gutem Willen auf beiden Seiten Verträge zustande kommen, sei es die Pflicht des Staates, sich der Dinge anzunehmen — aber nicht als Zurechtwender der Arbeitgeber. Der Redner wendete sich dann dem betriebsfremden Schlichtungswesen des Reichsverbandes der Arbeitgebertheoretiker des Freigewerkschaftlers Clemens Kropel gegenüber. Wichtig war seine Schlichtungsforderung, daß eine Beseitigung des Tarifvertrages einen Kampf aller gegen alle und damit das Chaos heraufbeschwören würde. In diesem Zusammenhang gestellte der den Bericht der neuernannten Regierung, die doch in wirtschaftspolitischer Hinsicht rein deutschnational ist, das Arbeitsministerium ganz dem Wirtschaftsministerium zu unterstellen, als einen besonders gefährlichen arbeitnehmerfeindlichen Akt.

Theorie und Praxis der deutschnationalen Handlungsgehilfen stehen sich hier infolgedessen hart gegenüber, als sie in der Praxis bei Wahlen für die Deutschnationale Volkspartei über die Nationalsozialisten eintreten, zwei Parteien, die mit arbeitnehmerfeindlichen Unternehmen stark gepflegt sind, bei denen das Arbeitsrecht also in sehr schlechten Händen liegt.

Bereinarbeit der Lohn- und Arbeitsbedingungen könne die Wirtschaft wieder aufblühen.

Dieses Programm ist nicht unbekannt. Wenn es verwirklicht wird, dann werden sich die Arbeiter und Angestellten ungenau. Dann wird der wirtschaftlich Schwächere wieder unterliegen, und das wird überall dort der Arbeitnehmer sein, wo nicht starke Gewerkschaften dem Unternehmern gegenüberstehen, in Krisenzeiten aber auch oftmals die starken Gewerkschaften. Wir behalten uns vor, auf dieses Referat noch zurückzukommen. Heute sei nur noch darauf hingewiesen, daß auch hier wieder ein bedeutendes Übereinstimmen zwischen den Ansichten der SPD. und der NSD. mit Unternehmern vorliegt. Das sollte doch manden zu denken geben.

### SPD lehnt Nichtangriffspakt ab

Angriffe gegen SPD. werden fortgesetzt

Gestern Abend hielt die Kommunistische Partei in „Volkspar“ eine Versammlung ab, für die die gleichen einflussreichen Redner galten, wie für die letzte Kundgebung. Es durfte kein Zuschauer stattfinden, Biergärten und Altbierbuden durften nicht auf den Tischen stehen und die Galerie konnte nicht benutzt werden. Dazu kam noch, daß alle Versammlungsbesucher zumeist nach Wörlitz zurückkehren mußten.

Der kommunistische Bezirksleiter Schürz stellte den nationalsozialistischen Vertriebenen aus ihrer Oppositionsseite die heutigen Taten gegenüber und befahte sich dann mit den Zuständen in der Kommunisten und dem Reichsverband. Als er erklärte, man werde sich den Weg merken müssen, den die russischen Kommunisten gegangen seien, wurde er vernarrt. Weitere Zwischenfälle ereigneten sich nicht.

Im Gegensatz zu Paul Voegel, der in seiner Rede am Sonntag sich mit keinem Wort mit den Kommunisten beschäftigte, führte Zühr einen wesentlichen Teil seiner Ausführungen mit Angriffen auf die Sozialdemokratie aus. Er behauptete von den Führern der SPD., daß sie „sich mit einem Reich im Lager des Generals gelandet“ hätten und fragte sie, wie sie „ohne Hauptstädte der Bourgeoisie“ und was demnige Lage nach der Errichtung unseres Führers demnige Nationen! Den von der SPD. angebotenen Nichtangriffspakt der Arbeiterparteien lehnte er ab, die Angriffe würden fortgesetzt. Bei diesem Zustand der Dinge könne sich auch die kommunistischen Anhänger sehr fernhalten. Zur diesem Zuge werden sie ihren Führern sicher nicht folgen.

### Nazi-Schulpolitiker

Natürlich kann Halle nicht ohne Nazi-Schulmänner leben, doch „nur in aller Bescheidenheit“. Und darum ging es in der „Goldenen Regel“ nicht besonders hoch her, als sich vor 30 bis 40 Schulmännern alle Vorstellungen ausgedrückt wurden. Herr aus Nazi-Anhalt in gewisse Unkosten für länger verurteilt. Das bieten „Sozialisten“ nicht die Schwarmrede ins Gesicht, wenn sie sich für die Zerklüftung des Grundschulunterrichts und den „nationalen Schulunterricht“ interessieren. Ein Glück, daß unter den geladenen Rednern nicht die geringste Gegenliebe deutlich, sondern manche sehr peinliche Frage an den „Hochmann“ gestellt wurde.

Interessant für die hollischen Staatsbürger vor allem, daß ein „Z.“ beidseitig an der städtischen Oberschule, gegen die Vödgische Akademie zu Halle sog. Er hatte sich seinerzeit um eine Dozententelle an ihr bemüht und war abgelehnt. Man konnte sein Räuberjüngerliche Klage nehmen.

Hut! Spinn!

### Nus 10 nach 11

Das man so sein Geld vermehren?

Ein origineller Gedächtnis war bei der Sporthalle in Bad Dürrenberg einbezogen worden. Ein Unbekannter hatte schon eine Schmarotzerei zu jenseitigen und wieder zusammengelegt, daß es Scheine daraus wurden. Es war nun fraglich, ob dieser Gedächtnis, der — freilich in anderem Zustand — bei der Reichsbank hergestellt worden war, als Fälschung angesehen werden muß. Das hat das hollische Schlichtungswesen bejaht und auf die Einziehung des Stempels befohlen. Die Sporthalle hat nun noch die Möglichkeit, einen Zivilprozeß gegen die Reichsbank anzustrengen.

### Der Offizier aus dem Kaiserreich

Nächtliches Abenteuer am Breuerberg

Weihnachten meldete der Polizeibericht, daß ein Mann feigenommen wurde, als er bei einem Opfer der Schaulagerer Scheibe zertrümmerte und zwei Biergläser entwendete. Dieser Mann fand vor dem Strafgericht ein schuldig. Es handelte sich um einen Schläger polnischen Ursprungs, der in Berlin, in der Weimarer Zeit, als er gleich verurteilt, daß dieser Mann nicht eines von einer „marxistischen“ Schule nach Deutschland herangezogen worden ist, denn er wohnt schon lange in Berlin, wo er bereits 1916 seine erste Straftat beging. Davaus erkennt man, daß polnische Jugend auch schon unter der Kaiser-

## Das „Volksblatt“ beschlagnahmt

Gestern nachmittag erschienen Beamte der politischen Polizei in den Räumen des „Volksblatt“ und beschlagnahmten die noch vorhandenen Exemplare unserer gestrigen Nummer. Insgesamt 199 Stück unserer Zeitung wurden gefunden und wanderten in das Polizeipräsidium. Als Gründe wurden uns nur angegeben, daß in Nummer 38 des „Volksblatt“ vom 14. Februar und in der gestrigen Nummer Ausführungen enthalten seien, die in 14 § einen Verstoß gegen § 9 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz des deutschen Volkes darstellen. Gleichzeitige erstellte man uns eine Verwarnung.

Wohlgemerkt der Polizeidirektion kamen ununterbrochen die Anfragen unserer Leser aus allen Teilen der Stadt, was denn eigentlich los sei. Besonders aber wurden die Straßenspaltanten aufmerksam, als die Polizei die „Volksblatt“

Exemplare an den Zeitungsdirektoren beschlagnahmten. Auf alle Fälle sprach ganz Halle gestern von der Polizeidirektion gegen das „Volksblatt“.

Auf mehrfache Anfragen, die wir an das Polizeipräsidium richteten, erfuhren wir heute, daß den Anlaß zur Verhaftung und zur Beschlagnahme geben insbesondere die Artikel „Nacht besessenen“ auf der ersten Seite unseres gestrigen Blattes, ferner der Artikel „Der Sonntag im Preispiegel“ auf der ersten Seite des lokalen Teiles, der Artikel „Achtung! Die Augen links!“ auf der zweiten Seite des lokalen Teiles und die Widergabe der Rede von Dr. Gersch über die noch seiner Meinung unzulässige Aufhebung der Verwarnung in Bitterfeld.



# Der Prolet hilft dem Proleten

## Ein Jahr Hilfsbereitschaft der Arbeiterwohlfahrt in Halle

Das Jahr 1932 stand im Zeichen des weitesten wirtschaftlichen Niederganges. Die Arbeiterwohlfahrt hat in diesem Jahre, wie in den vorhergehenden Jahren, die Aufgabe gehabt, die Not der Arbeiter zu lindern. In der Halle wurden durch die Arbeiterwohlfahrt in diesem Jahre 1.000.000 Mark an Hilfsgeldern ausgegeben. Das ist ein Beweis für die große Not der Arbeiter in Halle.

Das Jahr 1932 stand im Zeichen des weitesten wirtschaftlichen Niederganges. Die Arbeiterwohlfahrt hat in diesem Jahre, wie in den vorhergehenden Jahren, die Aufgabe gehabt, die Not der Arbeiter zu lindern. In der Halle wurden durch die Arbeiterwohlfahrt in diesem Jahre 1.000.000 Mark an Hilfsgeldern ausgegeben. Das ist ein Beweis für die große Not der Arbeiter in Halle.

Das Jahr 1932 stand im Zeichen des weitesten wirtschaftlichen Niederganges. Die Arbeiterwohlfahrt hat in diesem Jahre, wie in den vorhergehenden Jahren, die Aufgabe gehabt, die Not der Arbeiter zu lindern. In der Halle wurden durch die Arbeiterwohlfahrt in diesem Jahre 1.000.000 Mark an Hilfsgeldern ausgegeben. Das ist ein Beweis für die große Not der Arbeiter in Halle.

Allen Helfern und Helfern, die in dieser schweren Zeit und durch ihre Mithilfe geholfen haben, sei hiermit nochmals der beste Dank ausgesprochen.

### Sprachstörungen beim Kinde

Im neuen Preussischen Lehrplan wurden in der Februar-Vereinbarung neue Vorträge gehalten. Die in den Sprachstörungen behandelten Kassen der verschiedenen Störungen vorläufig. Er machte Mitteilungen über die Ursachen und gab Ratschläge für die Heilung. Rektor Piegler sprach über die Einrichtung und Arbeitsweise des Sprechzimmers für Waisen in der Preussischen Schule.

### Kommt zum Kinderfilm!

Mittwoch, 22. Februar, 4 1/2 Uhr. Kommt zum Kinderfilm! Eine Anzahl belehrender und unterhaltender Filme für Kinder. Allen Eltern empfehlen wir, ihre Kinder hinzuschicken. Eintrittspreise 10 Pf.

### Deren Sorgen

Der Museumsvorstand für die Provinz Sachsen und Anhalt hielt am kommenden Sonntag um 17 Uhr im großen Saal des Volksparks statt. Eintrittskarten werden durch die Büros und die Funktionäre der DWA angeschlossenen Organisationen kostenlos ausgegeben.

### Blutbilanz eines Lages

Helfern und in der vergangenen Nacht hat der politische Kampf wieder eine Reihe Tote und viele Verletzte gefordert.

### Blutbilanz eines Lages

Helfern und in der vergangenen Nacht hat der politische Kampf wieder eine Reihe Tote und viele Verletzte gefordert.

### Blutbilanz eines Lages

Helfern und in der vergangenen Nacht hat der politische Kampf wieder eine Reihe Tote und viele Verletzte gefordert.

### Blutbilanz eines Lages

Helfern und in der vergangenen Nacht hat der politische Kampf wieder eine Reihe Tote und viele Verletzte gefordert.

### Blutbilanz eines Lages

Helfern und in der vergangenen Nacht hat der politische Kampf wieder eine Reihe Tote und viele Verletzte gefordert.

### Blutbilanz eines Lages

Helfern und in der vergangenen Nacht hat der politische Kampf wieder eine Reihe Tote und viele Verletzte gefordert.

### Blutbilanz eines Lages

Helfern und in der vergangenen Nacht hat der politische Kampf wieder eine Reihe Tote und viele Verletzte gefordert.

### Blutbilanz eines Lages

Helfern und in der vergangenen Nacht hat der politische Kampf wieder eine Reihe Tote und viele Verletzte gefordert.

### Blutbilanz eines Lages

Helfern und in der vergangenen Nacht hat der politische Kampf wieder eine Reihe Tote und viele Verletzte gefordert.

### Blutbilanz eines Lages

Helfern und in der vergangenen Nacht hat der politische Kampf wieder eine Reihe Tote und viele Verletzte gefordert.

### Blutbilanz eines Lages

Helfern und in der vergangenen Nacht hat der politische Kampf wieder eine Reihe Tote und viele Verletzte gefordert.

### Blutbilanz eines Lages

Helfern und in der vergangenen Nacht hat der politische Kampf wieder eine Reihe Tote und viele Verletzte gefordert.

### Blutbilanz eines Lages

Helfern und in der vergangenen Nacht hat der politische Kampf wieder eine Reihe Tote und viele Verletzte gefordert.

### Blutbilanz eines Lages

Helfern und in der vergangenen Nacht hat der politische Kampf wieder eine Reihe Tote und viele Verletzte gefordert.

### Blutbilanz eines Lages

Helfern und in der vergangenen Nacht hat der politische Kampf wieder eine Reihe Tote und viele Verletzte gefordert.

### Blutbilanz eines Lages

Helfern und in der vergangenen Nacht hat der politische Kampf wieder eine Reihe Tote und viele Verletzte gefordert.

### Blutbilanz eines Lages

Helfern und in der vergangenen Nacht hat der politische Kampf wieder eine Reihe Tote und viele Verletzte gefordert.

### Blutbilanz eines Lages

Helfern und in der vergangenen Nacht hat der politische Kampf wieder eine Reihe Tote und viele Verletzte gefordert.

### Blutbilanz eines Lages

Helfern und in der vergangenen Nacht hat der politische Kampf wieder eine Reihe Tote und viele Verletzte gefordert.

### Blutbilanz eines Lages

Helfern und in der vergangenen Nacht hat der politische Kampf wieder eine Reihe Tote und viele Verletzte gefordert.

### Blutbilanz eines Lages

Helfern und in der vergangenen Nacht hat der politische Kampf wieder eine Reihe Tote und viele Verletzte gefordert.

### Blutbilanz eines Lages

Helfern und in der vergangenen Nacht hat der politische Kampf wieder eine Reihe Tote und viele Verletzte gefordert.

### Blutbilanz eines Lages

Helfern und in der vergangenen Nacht hat der politische Kampf wieder eine Reihe Tote und viele Verletzte gefordert.

### Blutbilanz eines Lages

Helfern und in der vergangenen Nacht hat der politische Kampf wieder eine Reihe Tote und viele Verletzte gefordert.

### Blutbilanz eines Lages

Helfern und in der vergangenen Nacht hat der politische Kampf wieder eine Reihe Tote und viele Verletzte gefordert.

### Blutbilanz eines Lages

Helfern und in der vergangenen Nacht hat der politische Kampf wieder eine Reihe Tote und viele Verletzte gefordert.

### Blutbilanz eines Lages

Helfern und in der vergangenen Nacht hat der politische Kampf wieder eine Reihe Tote und viele Verletzte gefordert.

### Blutbilanz eines Lages

Helfern und in der vergangenen Nacht hat der politische Kampf wieder eine Reihe Tote und viele Verletzte gefordert.

### Im Goehre-Prozess

wurden wieder Unterefälle verhandelt, in denen dem Angeklagten ein Urteilsverstoß zur Last gelegt wurde. Dem Ergebnis und Einstellung des Angeklagten blieben im Vergleich zu den Vorurteilen im allgemeinen unverändert. Anschließend wurden zu einem Bescheidtrag der Verteidigung zwei Aussagen genommen. Der Angeklagte, der nach wie vor in Haft verbleibt, wird im nächsten Monat in der Sache verurteilt werden. Es ist zu erwarten, dass die Angeklagten in dieser Richtung entlassen werden. Abschließend wurde ein Fall fortgesetzter Untertun und Unterdrückung von Nachteilen einer Partei im Zusammenhang mit dem öffentlichen Tätigkeit Goehres nicht zu tun gehabt hat.

### Deferture

#### Bergemann zum Feind überlaufen

Ein höherer Beamter des „Systems“, der früher Parteiführer und jetziger Mitglied der Regierungspartei Bergemann, der bisher der Sozialdemokratischen Partei angehört, dem von dem kommunistischen preussischen Innenminister Göring aber trotzdem das „volle Vertrauen“ bezeugt wurde, hat der Sozialdemokratie den Rücken gekehrt. Er hat seinen Austritt mit der Begründung erklärt, dass er sich durch die Tatsache seiner weiteren Tätigkeit als Regierungspräsident mit dem Vertrauen des Ministers Göring außerhalb der Partei gestellt zu haben. Bergemann hofft so, bei der nachfolgenden weiteren Einbürgerung in die Partei nicht auf die Hilfe der „Mittler“ gefasst zu werden.

Bei allem Harn, das der neue Kurs ausbleibt, er schließt Flare fronten. Der heute noch nicht beweisbar, dass er während der „vierjährigen“ Marzlinenperiode nicht zu tun gehabt hat.

### Beliebung des Bricketagefährts

Im Gebiete des Mitteldeutschen Braunkohlensyndikats besteht die in der ersten Jahreshälfte beobachtete Beliebung des Braunkohlbrennstoffgeschäftes infolge der kalten Witterung auch in der zweiten Hälfte des Jahres. Der Antriebskraft der Braunkohlbrennstoffindustrie während der Berichtszeit gehalten werden. Nachprognose werden reitlos nur dem Stapel verbleiben. Der Absatz ging indessen weiter zurück. Die Kohlenförderung im Januar betrug 7.300.000 Tonnen (Vormonat: 7.040.400 Tonnen), die Bricketageleistung 1.700.000 Tonnen (Vormonat: 1.801.800 Tonnen).

### Das Hauptziel der Organisation ist und bleibt die Rüststufe

Sie hat auch im Jahre 1932 fleißig gearbeitet. Aus Anlaß der Jugendwoche wurden 25 Familien bedacht und dabei 11 Kleinkindstühle und 10 Paar Schuhe ausgegeben. Im Laufe des Jahres wurde ohne besonderen Anlaß an 195 Familien bei besonderen Stofflagen 21 Paar Schuhe und 850 Pfund Lebensmittel. Hierzu gehört außerdem noch die Zuteilung von Milch an Kranke und Wöhlerinnen. In 48 Fällen wurde je 14 Tage täglich 5 Liter Milch gratis verabreicht. Außerdem wurden an 80 Personen Lebensmittelkarten im Werte von 2 M. verabreicht.

Wie alljährlich war auch in diesem Jahre die Weihnachtsfeier das Ereignis, bei dem am meisten gegeben wurde. Es wurden an 230 Familien 1330 Gegenstände, 14 Paar Schuhe und 1900 Pfund Lebensmittel dabei verabreicht, außerdem erhielt jede Familie eine Tonne.

Waren die im Laufe des Jahres und Weihnachten verbrauchten Gegenstände fast vollständig, so wurden bei der Winterhilfe, an der die Arbeiterwohlfahrt beteiligt war, nur geringe, oftmals sogar recht abgetragene

### In der Kinderhilfe wurde ähnlich gearbeitet, wie in den vergangenen Jahren.

Da jedoch die Mittel spärlicher fließen, war auch die Zahl der Kinder entsprechend geringer geworden. Eine Verdrängung von Kindern in ein entfeinertes Heim vor sich dabei vor sich. Es wurden während der letzten Ferien 31 Kinder nach dem Kreisgabensheim in Döllnitz (in der Weie) beschickt. Die Kinder haben sich sehr gut erholt. Zur gleichen Zeit fanden Kinderanstellungen nach bei uns statt, die sich die Jahre hindurch bei Eltern und Kindern gut eingebürgert haben. Die durchschnittliche Besuchszahl betrug 99 Kinder. Auch hier war es durch den Umwandel schwierig, ein Standquartier zu finden. Einerseits verweigerten uns die städtischen Behörden die Zustimmung zur Benutzung der dort vorhandenen Wohnheime, auf der anderen Seite lehnten es die an der Seite wohnenden Gastwirte ab, ihre Räume benutzen zu lassen, bis sich schließlich ein Privatmann in Dölan bereit fand, sein Grundstück für unsere Zweck zur Verfügung zu stellen.

Der Eintritt in das Jahr 1932 hatten wir eine Wärmestufe im „Volkspark“ in Betrieb, die durchschnittlich von 250 Gästen besucht wurde. Auch beim Eintritt des jetzigen Winters war dies geplant worden, aber die großen Kältegrade ausblieben, wurde von der Errichtung dieser Wärmestufe Abstand genommen; erst 1933 bei Eintritt der großen Kälte wurde sie wieder eröffnet. Dagegen wurde der Speiseraum unserer Küche in der Steinstraße vom Eintritt der schlechten Witterung an für jedermann als Wärmestufe geöffnet. Der Raum war täglich überfüllt.

Die Kasse, welche jährlich die größten Schmierleistungen überbringt, betrug 1932 mit 19.500 Mark.

In der Gerichts-Hilfe und bei Ausübung von Schulungsdiensten wurden uns die Fälle zugewiesen, an die sich die anderen nicht gern wagten.

Wringmaschinen mit Keilbrasswalzen 8,25 Mk. Fahrrad-Motoren. Salmstraße 1.

# Kleiner Mann was nun?

Roman von Hans Fallada. Copyright 1932 by Rowohlt Verlag GmbH.

„Bei so 'ner Konjunktur!“ sagt Herr Lehmann zerkümmert.

„Also kann ich gehen. Wieder eingekassiert. Armes Vämchen!“ bracht Binneberg. Er will gehen lassen. Da sagt Herr Lehmann: „Sehen Sie mal, Herr Binneberg.“

Binneberg breitet sie hin, seine Hand zittert ganz, erlich, er hat ganz erlich Angst. Da Herr Lehmann hat, das weiß man nicht, aber Vämchen hat auch an der taubsten Angestellte und Herr Lehmann ist der Personaler, also ein großer Mann. Vielleicht hat Herr Lehmann Spaß.

Also Binneberg breitet seinen Begehrte aus, das Begehrte, dann das von Vämchen, dann das von Lehmann, dann das von Vämchen. Die Begehrte sind alle sehr gut. Herr Lehmann ist sehr langsam, sehr ungerührt. Dann schaut er hoch, er scheint nachzudenken. Vielleicht, vielleicht.

Herr Lehmann spricht: „Ja, Dingemittel führen wir nicht.“

„So, da hat er es! Und natürlich ist Binneberg nichts wie ein Erzähler, er kann nur lammeln: „Ja, das ist auch...“ eigentlich Herrenfunktionär, das war nur zur Ausschilfe.“

Lehmann nickt es. Es ist so gut, daß er wiederholt: „Nein, Dingemittel führen wir nicht.“ Er legt hinzu: „Auch nicht Kartoffeln.“

Er könnte ja nun auch von Getreide und Sämereien reden, all das steht auf dem Kleinbühnen-Prüfungsbogen, aber schon die Kartoffeln kamen nicht mehr ganz befriedigend heraus. So sagt er nur brümmig: „Wo haben Sie denn Ihre Angestellten-Berichtungsliste?“

„Was soll das alles?“ bracht Binneberg. „Wo will er meine Karte? Will er mich nur quälen?“ Und er legt die grüne Karte hin. Herr Lehmann betrachtet sie lange, die Marken sieht er an, er nicht ein Wort.

„Und Ihre Lohnsteuerkarte.“

Binneberg gibt an, sie zu haben und auch sie wird genau angesehen. Dann ist wieder eine Pause, damit Binneberg hoffen darf und verzweifelt sein darf und wieder hoffen darf.

„Also,“ sagt Herr Lehmann abschließend und legt die Hand auf die Papiere. „Also, wir stellen keine neuen Kräfte ein. Wir dürfen es gar nicht. Denn wir können die alten ab.“

Schluss. Aus damit. Dies war das Endgültige. Aber Herr Lehmanns Hand bleibt auf den Papieren liegen, nun legt er sogar noch den gelben Mammultschinken über sie.

„Nimmerhin...“ sagt Herr Lehmann. „Immerhin dürfen wir Karte aus einem Hause nicht unternehmen. Besonders tüchtige Karte. Sie sind doch eine tüchtige Karte!“

Binneberg flüstert etwas. Keinen Protest. Es genügt Herr Lehmann aber.

„Sie, Herr Binneberg, werden aus unserer Filiale in Breslau übernommen. Sie kommen aus Breslau, nicht wahr?“

Binneberg nickt, wieder ist Herr Lehmann genigam.

„Auf der Abteilung Herrenfunktionär, wo Sie arbeiten werden, kommt zufällig keiner der Herren aus Breslau, nicht wahr?“

Binneberg murmelt.

„Gut. Sie jungen morgen früh an. Sie melden sich um acht Uhr dreißig bei Fräulein Ziemler, hier nebenan. Sie unterschreiben dann den Vertrag und die Unterscheidung und Fräulein Ziemler legt Ihnen die Karte. Guten Morgen.“

„Guten Morgen“, sagt auch Binneberg und verbeugt sich. Er geht rückwärts zur Tür. Schon hat er die Kante in der Hand, da flüstert Herr Lehmann: „Warten Sie hier Herr Väter denken. Sagen Sie Ihrem Herrn Vater, ich habe Sie engagiert. Sagen Sie folger, am Mittwochabend wäre ich hier. Guten Morgen, Herr Binneberg.“

Und ohne diese Schlußsätze hätte Binneberg gar nicht gewußt, daß Herr Lehmann auch lächeln kann, etwas verhiiften, aber immerhin lächeln.

Binneberg geht durch den Kleinen Tiergarten, hat Angst und kann sich nicht freuen.

Binneberg steht wieder auf der Straße. Er ist müde, er ist so müde, als hätte er den ganzen Tag über seine Karte gearbeitet, als wäre er in Lebensgefahr gewesen und gerade noch gerettet, als wäre er einen Tod geschickt.

Die Karten haben geschickt und jetzt und nun sind sie schlapp, geben nichts mehr her. Binneberg legt

sich ganz langsam in Bewegung und rüffel nach Haus.

Es ist ein richtiges Schicksal, in Döbrotz wurde sehr viel Wind sein, ein starker Wind, aus einer Richtung. Hier in Berlin ist ein Kräftewind, um die Erde run, bald so, bald so, mit eigenen Wolken, zu denen man nicht hoch sieht, und ab und an ein wenig Sonne. Der Wind ist so stark, aber es wird schon wieder ganz kalt sein. So es dann trafen geschoben ist.

Also geht Herr Binneberg einen Vater, einen richtigen Vater. Und da der Vater Jadamann heißt und der Sohn Binneberg, ist der Sohn ein ungeliebtes Kind. Aber bei Herrn Lehmann hat ihm das sicher nur genügt. Binneberg kann es überhören, besonders tüchtige Karte. Sie sind doch eine tüchtige Karte!“

Binneberg flüstert etwas. Keinen Protest. Es genügt Herr Lehmann aber.

„Sie, Herr Binneberg, werden aus unserer Filiale in Breslau übernommen. Sie kommen aus Breslau, nicht wahr?“

Binneberg nickt, wieder ist Herr Lehmann genigam.

„Auf der Abteilung Herrenfunktionär, wo Sie arbeiten werden, kommt zufällig keiner der Herren aus Breslau, nicht wahr?“

Binneberg murmelt.

„Gut. Sie jungen morgen früh an. Sie melden sich um acht Uhr dreißig bei Fräulein Ziemler, hier nebenan. Sie unterschreiben dann den Vertrag und die Unterscheidung und Fräulein Ziemler legt Ihnen die Karte. Guten Morgen.“

„Guten Morgen“, sagt auch Binneberg und verbeugt sich. Er geht rückwärts zur Tür. Schon hat er die Kante in der Hand, da flüstert Herr Lehmann: „Warten Sie hier Herr Väter denken. Sagen Sie Ihrem Herrn Vater, ich habe Sie engagiert. Sagen Sie folger, am Mittwochabend wäre ich hier. Guten Morgen, Herr Binneberg.“

Und ohne diese Schlußsätze hätte Binneberg gar nicht gewußt, daß Herr Lehmann auch lächeln kann, etwas verhiiften, aber immerhin lächeln.

Binneberg geht durch den Kleinen Tiergarten, hat Angst und kann sich nicht freuen.

Binneberg steht wieder auf der Straße. Er ist müde, er ist so müde, als hätte er den ganzen Tag über seine Karte gearbeitet, als wäre er in Lebensgefahr gewesen und gerade noch gerettet, als wäre er einen Tod geschickt.

Die Karten haben geschickt und jetzt und nun sind sie schlapp, geben nichts mehr her. Binneberg legt

ihnen ganz langsam in Bewegung und rüffel nach Haus.

Es ist ein richtiges Schicksal, in Döbrotz wurde sehr viel Wind sein, ein starker Wind, aus einer Richtung. Hier in Berlin ist ein Kräftewind, um die Erde run, bald so, bald so, mit eigenen Wolken, zu denen man nicht hoch sieht, und ab und an ein wenig Sonne. Der Wind ist so stark, aber es wird schon wieder ganz kalt sein. So es dann trafen geschoben ist.

Also geht Herr Binneberg einen Vater, einen richtigen Vater. Und da der Vater Jadamann heißt und der Sohn Binneberg, ist der Sohn ein ungeliebtes Kind. Aber bei Herrn Lehmann hat ihm das sicher nur genügt. Binneberg kann es überhören, besonders tüchtige Karte. Sie sind doch eine tüchtige Karte!“

Binneberg flüstert etwas. Keinen Protest. Es genügt Herr Lehmann aber.

„Sie, Herr Binneberg, werden aus unserer Filiale in Breslau übernommen. Sie kommen aus Breslau, nicht wahr?“

Binneberg nickt, wieder ist Herr Lehmann genigam.

„Auf der Abteilung Herrenfunktionär, wo Sie arbeiten werden, kommt zufällig keiner der Herren aus Breslau, nicht wahr?“

Binneberg murmelt.

„Gut. Sie jungen morgen früh an. Sie melden sich um acht Uhr dreißig bei Fräulein Ziemler, hier nebenan. Sie unterschreiben dann den Vertrag und die Unterscheidung und Fräulein Ziemler legt Ihnen die Karte. Guten Morgen.“

„Guten Morgen“, sagt auch Binneberg und verbeugt sich. Er geht rückwärts zur Tür. Schon hat er die Kante in der Hand, da flüstert Herr Lehmann: „Warten Sie hier Herr Väter denken. Sagen Sie Ihrem Herrn Vater, ich habe Sie engagiert. Sagen Sie folger, am Mittwochabend wäre ich hier. Guten Morgen, Herr Binneberg.“

Und ohne diese Schlußsätze hätte Binneberg gar nicht gewußt, daß Herr Lehmann auch lächeln kann, etwas verhiiften, aber immerhin lächeln.

Binneberg geht durch den Kleinen Tiergarten, hat Angst und kann sich nicht freuen.

Binneberg steht wieder auf der Straße. Er ist müde, er ist so müde, als hätte er den ganzen Tag über seine Karte gearbeitet, als wäre er in Lebensgefahr gewesen und gerade noch gerettet, als wäre er einen Tod geschickt.

Die Karten haben geschickt und jetzt und nun sind sie schlapp, geben nichts mehr her. Binneberg legt



Die Wahlveranstaltungen der Eisernen Front

Am Freitag, dem 24. Februar, abends 7.30 Uhr, findet im "Neuen Schützenhaus" eine öffentliche Wahlveranstaltung der Eisernen Front statt.

Vorgelesen und bereits politisch angemeldet sind eine weitere öffentliche Wahlveranstaltung am Freitag, dem 3. März, abends 8 Uhr, im "Neuen Schützenhaus".

Weiter für Sonnabend, den 4. März, abends 6 Uhr, eine Demonstration und Wahlveranstaltung - für Freitag, den 10. März, abends 8 Uhr, im "Neuen Schützenhaus".

Sarazburger Freundschaften

Die Freundschaft innerhalb der nationalen Front scheint nicht sehr beliebt zu sein. Ueber eine Veranlassung der NSDAP, entnehmen wir einem bürgerlichen Bericht, daß der Nazi-Stadtverordnete Riege erklärt habe, die NSDAP müsse geschlossen dastehen denn sie, trotz aller Blod, Wädhden, und Ritenverordnungen, wie zum Beispiel der schwarzweißrote Blod, noch nicht zusammenfallen, u m n u n d n a n d e s zu retten. Nicht jeder freundschaftlich für die deutschnationalen Bundesbrüder!

Wir vergehen wieder, daß nach dem gleichen Bericht der Nazi-Führer Vogt (Zellau) erklärt hat: "Süßer geht lebend von dem Kampferposten nicht wieder herunter."

Man wird das im Gedächtnis behalten müssen!

Wahl-Wahllokal in Osterfeld

Für die freiwähligen Wähler der Leipziger Meise ist in Osterfeld ein Wahllokal eingerichtet worden, in dem sowohl für die freiwähligen Wähler als auch für die Reichstag gewählt werden kann.

Urof, Cordebat, Arbeiter, Samariter. In der Jahresversammlung der hiesigen Arbeiter-Samariter wurde Fräulein Röde zum Vorsitzenden, Max Gerbert zum Kassierer und Walter Schulze zum Schriftführer gewählt. Das Jahr 1932 war besonders arbeitsreich; viele Dinge konnte gemacht werden.

Kreis Querfurt

Am Donnerstag, dem 9. März, abends 8 Uhr, findet im "Neuen Schützenhaus" eine öffentliche Wahlveranstaltung der Eisernen Front statt.

Obwohl die Wahlveranstaltungen am Freitag, dem 10. März, abends 8 Uhr, im "Neuen Schützenhaus" stattfinden werden, ist es doch notwendig, daß die Wahlveranstaltungen am Freitag, dem 10. März, abends 8 Uhr, im "Neuen Schützenhaus" stattfinden werden.

Saalkreis

Konflikt mit dem Pfarrer. Der hiesige Pfarrer ist über 30 Jahre in der Gemeinde im Amt. Bei der letzten Jahresversammlung wurde eine Resolution angenommen, die den Pfarrer aus dem Amt zu entfernen forderte.

Die Resolution wurde mit großer Mehrheit angenommen. Der Pfarrer hat sich dementsprechend dem Amt zu entziehen.

Nach der Resolution der Gemeindevertretung wird auch der Schulvorstand neu gewählt. In der letzten Sitzung wurde ein Antrag angenommen, der die Wahl der Mitglieder des Schulvorstandes betrifft.

Die Wahl der Mitglieder des Schulvorstandes wird am Freitag, dem 10. März, abends 8 Uhr, im "Neuen Schützenhaus" stattfinden.

Die Wahl der Mitglieder des Schulvorstandes wird am Freitag, dem 10. März, abends 8 Uhr, im "Neuen Schützenhaus" stattfinden.

Die Wahl der Mitglieder des Schulvorstandes wird am Freitag, dem 10. März, abends 8 Uhr, im "Neuen Schützenhaus" stattfinden.

Die Wahl der Mitglieder des Schulvorstandes wird am Freitag, dem 10. März, abends 8 Uhr, im "Neuen Schützenhaus" stattfinden.

Die Wahl der Mitglieder des Schulvorstandes wird am Freitag, dem 10. März, abends 8 Uhr, im "Neuen Schützenhaus" stattfinden.

Die Wahl der Mitglieder des Schulvorstandes wird am Freitag, dem 10. März, abends 8 Uhr, im "Neuen Schützenhaus" stattfinden.

Die Zukunft des Leunawerkes

Welches Interesse haben die Arbeitnehmer am Stahlfabrikat?

In einem Artikel in Nr. 42 unseres Blattes haben wir die Entwicklung und die augenblickliche Lage der Stahlfabrikindustrie geschildert. Heute wollen wir die Aufgabenstellungen, inwieweit in Zukunft Arbeiter und Angestellte darauf rechnen können, in der Stahlfabrikindustrie, insbesondere auch im Leunawerk, Beschäftigung zu finden.

Man begegnet in der mitteldeutschen Bevölkerung über die Einstellungen im Leunawerk häufigsten Gerüchten. So hörte man auch, daß die Reparaturarbeiten am 14. Juni 1932 hier wirklich angefangen hätte. Als die Regierung Papen versprach, hörte man sogar, daß Schlichter dafür gezeigt hätte. Was nun nach dem neuen Regierungswechsel unter Herrn Hitlers Führung im Leunawerk geschehen wird, das haben wir später noch zu hören bekommen.

Die wirtschaftlichen Gründe für die Entlassungen und auch für die Einstellungen im Leunawerk liegen ja auch auf einem ganz anderen Gebiete. Die 1700 Heineingestellten im Leunawerk haben es nicht irgendeiner einmaligen Regierungspolitik zu verdanken, daß sie wieder einmal einen Arbeitsplatz erhielten, sondern eben der von uns schon geschilderten eigenartigen Lage der Stahlfabrikindustrie. Gewiß hat die allgemeine Wirtschaftskrise auch den Niedergang dieser Industrie verursacht, aber die Hauptursache liegt doch in dem Profitstreben der kapitalistischen Wirtschaft.

Streben der kapitalistischen Wirtschaft. Zur Führung der Kämpfe um die Absatzmärkte wurden die Produktionsmittel rationalisiert und vermehrt. Nach dem von uns geschilderten Kampfe erhalten die Beteiligten nun eine vierfache Menge betriebsmäßig und die nicht ausgenutzten Betriebsanlagen werden eben von den Verbrauchern vernichtet, weil die Preise auch vertraglich geregelt sind. Außerdem hat man in der Kampfzeit Stahlfabrikation eingeführt, so daß das Leunawerk von der Einfuhr fremder Stahlfabrikate freigehalten werden kann. Der Inlandspreis steht also auch fest. Der freie Markt existiert nicht mehr, es gibt nur noch ein Monopol, das seinen Ausdruck im Syndikat findet. Dort sind die Produktionsmittelbetriebe zusammengeschlossen und das Syndikat bestimmt den Preis, bestimmt, wieviel jeder produzieren darf, entscheidet, welche Fabrik stillgelegt wird.

Die Arbeiter und Angestellten sehen, welche Macht dort verortet wird. Die Leunawerker müssen also nun, moorn ihr Los abhängig ist. Sie sollten sich deshalb in ihrem Syndikat, in der freien Gewerkschaft und in der Sozialdemokratie zusammenschließen, damit auch ihre Forderungen stellen können, auch ihre Wäre die Arbeitskraft zu vollen Wert verkaufen können.

Die Einstellungen im Leunawerk sind im Augenblick wieder einmal vorübergehend abgeschlossen. Die letzten 800 Mann sind nur befristet auf ein halbes Jahr eingestellt. Man hört zwar, daß diese Arbeiter später mit Reparaturarbeiten und Instandhaltungsarbeiten beschäftigt werden sollen, bis die neue Bauperiode wieder einsetzt. Das wird im September-Oktober sein. Die heutigen Verhältnisse politischer und auch handelspolitischer Art sind aber so unübersichtlich, daß kein Mensch genau wissen kann, was morgen oder übermorgen sein wird. Bei den geplanten Verhandlungen der Röhren untereinander, ferner der Handel in Frage kommt, kann jeder Tag schwere Einbrüche in allen Industrien für Exporterzeugnisse bringen. Es braucht nur ein Rand der Stahlfabrikation für sich zu sperren, dann sind alle Voraussetzungen über den Haufen geworfen. Dann geht die Produktion ruckartig zurück, weil die Röhren in allen Zweigen der Wirtschaft nicht wieder so voll gesetzt werden, wie bis zum Jahre 1929. Denn große Lagerbestände kosten viel Kapital und bringen zunächst keine Profite. Sie sind unwirtschaftlich; deswegen wird die Produktion immer so eingestellt sein, daß wenig Vorräte liegen bleiben. So ist es auch im Leunawerk. Stellt ein Absatzgebiet aus, dann gibt es einen Rückgang in der Beschäftigung, kommen größere Mengen hinzu, werden mehr Arbeitsträfte eingestellt.

Das Leunawerk war seit seinem Bestehen nie in irgendeine Krise hineingekommen. Ohne irgendwelche großen Schwankungen ist es mit dem Ausbau und der Abnutzung der Anlagen immer nach oben gegangen. Das ist seit dem Jahre 1929 vorbei.

Auch das Leunawerk ist ein Betrieb geworden, der auf die kleinste Schwankungen innerhalb der Wirtschaft reagiert.

Jwar wird man versuchen, in der Sommerzeit, wenn der Bedarf an Stahlfabrikat ruht, gleichmäßig zu produzieren, aber die Höhe der Produktion wird nie mehr so anstehen, wie es in der Vergangenheit der Fall war. Es wird planmäßig nach dem zu erwartenden Verbrauch produziert werden. Es ist also stärker als in der Vergangenheit für die Arbeiterkraft der Saisoncharakter entstanden.

Wir sehen aus dem bisher Berichteten, daß die Produktion im Leunawerk zu einem erheblichen Teile auch als Ausfuhr in Frage kommt. Es ist ungefähr so, daß die Hälfte der Produktion in das Ausland geht und die andere Hälfte im Inland verbraucht wird. Es kommt also der wichtige Faktor der Regierungspolitik dazu.

Haben wir eine Regierung, die in ständigem Handbegriff mit den anderen Völkern liegt, dann werden die Einfuhrbedingungen in die ausländischen Staaten immer strenger werden und eines schönen Tages werden viele Absatzgebiete verloren sein.

Weil aber die deutschen Stahlfabrikanten in der Lage sind, fast den größten Teil der gesamten Welt zu versorgen, kann man sich ausmalen, wieviel Stahlfabrikanten und Angestellte kostenlos werden müssen, wenn die Regierungspolitik die Exporterzeugnisse in ihren Interessen trifft.

Der Leunawerker und -angestellte ist heute den Wirtschaftsschwankungen unterworfen genau wie viele Klassenangehörigen in allen anderen Industrien. Er kann die Verhältnisse nur meistern, wenn er sich zusammenschließt in der freigezwecklichen Organisation und im vollen Bewußtsein seiner Kraft seine Rechte fordert.

Das Märchen vom Betriebsmarxismus

Das völlige Versagen der "nationalen" Arbeiterräte

In einer auf einer Führerversammlung der nationalen Arbeiter und Arbeiterinnen angenommenen Entscheidung werden die nationalen Arbeiter ausgedrückt durch Erhebung der Werte sich ihre Arbeitsplätze zu sichern; insbesondere sollen sie für den letzten Rest Freiheit, der nach 14jähriger marxistisch-gewerkschaftlicher Systemarbeit verbleibt ist, kämpfen. Wörtlich wird gesagt: "Die Vergangenheit hat uns gezeigt, welche wertvolle Arbeit nationale verantwortungsfreudige Betriebsräte bei Entlassungen, bei Kurzarbeit und Feiertagen u. a. m. für die nationale Arbeiterschaft zu leisten vermögen."

Es lobt sich, die tatsächlich geleistete Arbeit der nationalen Betriebsräte diesen Geschicklichkeiten gegenüberzustellen. Wir greifen deshalb einen Betrieb heraus,

die Leunawerker Kohlenwerke, wo die Gelehen seit den letzten Betriebsratswahlen die Mehrheit haben.

Der Vorsitzende des dortigen Arbeiterrates ist R. Steindorf, der gleichzeitig auch der Führer der Werks-Gemeinschaft ist. Dieser nationale Arbeiterführer hat einige Tage vor der letzten Betriebsratswahl 1931 ein Rundschreiben an die Betriebsratsmitglieder geschrieben, in dem er sagte, "eine nationale Mehrheit im Betriebsrat dafür sorgen wird, daß die Arbeitspläne gelidert werden, daß keine Feiertage mehr verfahren werden und daß ein Lohnabbau für die Zukunft ausgeschlossen" sei. Diese Versprechungen trugten dazu bei, daß die Gelehen den Betriebsrat beherrschten.

Zusätzlich ist über die Betriebsrat die Ernüchterung gekommen, denn keine der genannten Versprechungen hat dieser verantwortungsfreudige nationale Betriebsrat eingelöst.

Seit 1931 ist heute verfahren die Leunawerker Kohlenwerke notwendig zwei bis drei Feiertagen. Allein im Jahre 1932 kommen dort auf jedes Betriebsratsmitglied im Durchschnitt 35 Feiertagen. Selbst den Mitgliedern der Betriebsrat-Gemeinschaft hat man die Feiertage, nachdem der Wähler sein Schuldigkeits getan hat, bis auf nichts gelassen. In Herr Steindorf hält es noch nicht einmal für notwendig, wenn die Verletzung es unterläßt, dem Arbeitssatz die verfahrenen Feiertage mitzuteilen, dies dann als Vertreter der Betriebsrat selbst zu tun. So barmen es die Betriebsrat und dieser kammer Arbeitervertreter unterlassen, die Feiertage der Betriebsrat für die Wähler vor und nach dem in vorigen Jahre dem Arbeitssatz mitzuteilen, obwohl der Arbeitsplan des Wertes dem Arbeitssatz zugestellt war,

Dadurch können der Betriebsrat laufende von Markt verloren gegangen, wenn nicht das einzige verantwortungsfreudige Arbeiterratsmitglied, gemeinsam mit dem Verband der Bergbauindustriearbeiter, der Betriebsrat zu ihrem Rechte verhalten. So etwas nennt man dann nationale verantwortungsfreudige Arbeit.

Wie sieht es nun mit der Interessensvertretung der Betriebsrat gegenüber des Betriebsleitung aus?

Von den Bestimmungen des Betriebsrates, die sich aus dem Betriebsrat-Befehl ergeben, Betriebsbedingungen vorzunehmen und die Betriebsrat vor Unfällen zu schützen, bei den Befestigungen mitzuwirken, die Einprüche der entlassenen Betriebsratsmitglieder zu prüfen und darauf zu achten, daß der Tarifvertrag eingehalten wird, wurde von dem nationalen Betriebsrat kein Gebrauch gemacht. Die Unfälle auf dem Leunawerker Kohlenwerke sind nicht gering. Im verflochtenen Jahre mußten dort zwei tödliche Unfälle kurz hintereinander registriert werden. Die Strafen werden von der Betriebsleitung willkürlich festgelegt und sind ebenfalls nicht gering.

Der Tarifvertrag existiert dort überhaupt nicht mehr.

Seit jetzt, daß in der Grube und auf dem Raum Arbeiter unter Tarif entlohnt werden. So gar die Frachtschiffpausen werden der Betriebsrat freitrag gemacht. Die Einprüche der Entlassenen werden systematisch abgelehnt. Im März und April vergangenen Jahres wurden ungefähr 60 Arbeiter entlassen, darunter viele Familienhäupter.

Die Einprüche wurden von dem nationalen Arbeitervertreter abgelehnt und die Klagen unmöglich gemacht.

Am den Arbeitssatz dieser Familienhäupter werden aber lobende Arbeiter beschäftigt. Diese Serie konnte mit Beihilfen aus anderen Werken befristet fortgesetzt werden. Die angeführten Beispiele genügen aber, um die wirklich geleistete Arbeit zu kennzeichnen.

Dem kurz wollen wir an einer Zahl die Arbeitsleistung der freigezwecklichen Betriebsräte gegenüberstellen. Allein im dritten Quartal des Jahres 1931 wurden aus Einprüchen und Sozialfragen vor den Betriebsgerichten im Bezirk Halle die Summe von 17 794, 16 Mt. erstritten. Wenn dies möglich war, so nur mit Hilfe der freigezwecklichen Betriebsräte, die damals unter dem Namen

# Vierzehn Jahre Angestelltenrecht

## Und was kommt nun?

### Eisenbahner für die freie Gewerkschaft

RSD. verliert 50 Prozent — Regis ziehen gar keinen Vorschlag ein

In dem zum Bezirk Halle gehörenden Reichsbahnausbefferungsbereich Coburg sind schon jetzt ein Restteil der örtlichen Betriebsvertretung fast, weil eine Vorschlagsliste der alten Betriebsräte erlosch war. Da sie der letzten Wahl größere Entlassungen vorgekommen sind, ist ein Vergleich nur möglich durch Erziehung des prozentualen Anteils der einzelnen Vorschlagslisten von der Zahl der Wahlberechtigten.

Der freigewerkschaftliche Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands erhielt 539 Stimmen — 72 Prozent

(bei der Wahl 1931 61 Prozent), der Reichsbahnerische 127 Stimmen — 17 Prozent (19 Prozent), die NSD. 66 Stimmen — 8,8 Prozent (16,4 Prozent). Die übrigen 60,2 Prozent der Stimmen sind in der Regis hatten Vorschlagslisten nicht eingereicht, weil sie nicht so viel Anhänger hatten, wie zum Zusammenkommen solcher Listen notwendig sind.

Diese erste Wahl vor den allgemeinen im Mai stattfindenden Betriebsratswahlen bei der Reichsbahn beweist mit aller Deutlichkeit, daß der Einfluß der freigewerkschaftlichen Organisation noch stärker geworden ist und gerade in dieser schweren Zeit die Eisenbahner in übermäßiger Mehrheit im vollen Vertrauen zum Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands stehen.

Die Beschlüsse haben bei den kommenden Betriebsratswahlen Gelegenheit, zwischen solcher nachbarschaftlicher Interessensvertretung und verlogener Propaganda der gelben „nationalen“ Arbeitervereine zu unterscheiden. Der Klassenbewußte Arbeiter wählt die Liste der freien Gewerkschaften.

Die Beschlüsse haben bei den kommenden Betriebsratswahlen Gelegenheit, zwischen solcher nachbarschaftlicher Interessensvertretung und verlogener Propaganda der gelben „nationalen“ Arbeitervereine zu unterscheiden. Der Klassenbewußte Arbeiter wählt die Liste der freien Gewerkschaften.

Die Beschlüsse haben bei den kommenden Betriebsratswahlen Gelegenheit, zwischen solcher nachbarschaftlicher Interessensvertretung und verlogener Propaganda der gelben „nationalen“ Arbeitervereine zu unterscheiden. Der Klassenbewußte Arbeiter wählt die Liste der freien Gewerkschaften.

### Kreis Liebenwerda

Das Liebenwerda. Zeigener spricht heute. Mittwoch, früh abends um 8 Uhr der bekannte Sozial- und Kulturpolitiker Dr. E. Zeigener (Leipzig) in der „Reinhold“ über wichtige politische und kulturelle Probleme.

Grünwalde. Die Winterhilfe der Gemeinde verteilt am Sonntag an die Erwerbslosen Brot und Schmalz. Da die Zahl der Erwerbslosen sich im letzten Monat durch die Entlassungen in der Kohna-Grube merklich gesteigert hat, wird die Brot- und Schmalzgabe, welche am Sonntagabend nicht zu Ende geführt werden konnte, am 25. Februar abgeschlossen. Die bisher nicht bedachten Erwerbslosen haben sich am Sonntagabend, dem 25. Februar, vormittags von 10 bis 12 Uhr, bei der Protasogabeliste zu melden.

Grünwalde. Die Entlassungen an Grippe haben besonders unter den Kindern merklichen Umfang angenommen. Von einigen Schulklassen ist mehr als die Hälfte der Schüler erkrankt. Zum Samstagsabend handelt es sich um leichtere Krankheitsfälle.

### Jedes neulene Zeitungsblatt weitergeben

Am 14. Januar d. J. wurde von der Strafammer in Halle eine Reihe Einwohner aus Holzweißig wegen schwerer Eisenbahndiebstahl zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Zwei der Angeklagten, der 33jährige Bauer Winter und der 43jährige Josef Zierack, die zu 5 Jahren Zuchthaus bzw. 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden waren, hatten sich nun auch noch vor dem Schwurgericht in Halle

wegen verurteilten Diebstahls zu verantworten. Das Gericht sprach sie schuldig und verhängte wegen dieses Falles zu den bisherigen Strafen noch Zusatzstrafen. Unter Einrechnung der oben erwähnten Strafen wurde Winter zu einer Gesamtstrafe von 7 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Freiheitsstrafe und Zierack zu einer solchen von 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Bei Winter wurde außerdem die Zulässigkeit der Polizeiaufsicht festgestellt.

Die beiden Angeklagten wurde vorgeworfen, in der Nacht vom 26. zum 27. Oktober 1933 in der Nähe des Güterbahnhofes in Delitzsch auf die sie stehenden Bahnpolizeibeamten geschossen zu haben. Beide bestritten, wie schon in der Verhandlung vor der Strafammer, daß sie geschossen hätten. Sie meinten, es wären noch andere verdächtige Personen in der Nähe gewesen, möglicherweise hätten die Beamten ihre eigenen Schüsse (da es mehrere Beamte waren) als von vermeintlichen Tätern abgegeben angesehen. Winter hatte allerdings das Beden, daß er, nachdem er von einem Polizeischuß geteilt und zu Boden geschoben worden war, er hatte außerdem einen Arm schuß bekommen,

### Kreis Delitzsch

### Zehn Jahre Zuchthaus

Zusatzstrafen für die Holzweißiger Eisenbahnräuber

Am 14. Januar d. J. wurde von der Strafammer in Halle eine Reihe Einwohner aus Holzweißig wegen schwerer Eisenbahndiebstahl zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Zwei der Angeklagten, der 33jährige Bauer Winter und der 43jährige Josef Zierack, die zu 5 Jahren Zuchthaus bzw. 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden waren, hatten sich nun auch noch vor dem Schwurgericht in Halle

wegen verurteilten Diebstahls zu verantworten. Das Gericht sprach sie schuldig und verhängte wegen dieses Falles zu den bisherigen Strafen noch Zusatzstrafen. Unter Einrechnung der oben erwähnten Strafen wurde Winter zu einer Gesamtstrafe von 7 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Freiheitsstrafe und Zierack zu einer solchen von 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Bei Winter wurde außerdem die Zulässigkeit der Polizeiaufsicht festgestellt.

Die beiden Angeklagten wurde vorgeworfen, in der Nacht vom 26. zum 27. Oktober 1933 in der Nähe des Güterbahnhofes in Delitzsch auf die sie stehenden Bahnpolizeibeamten geschossen zu haben. Beide bestritten, wie schon in der Verhandlung vor der Strafammer, daß sie geschossen hätten. Sie meinten, es wären noch andere verdächtige Personen in der Nähe gewesen, möglicherweise hätten die Beamten ihre eigenen Schüsse (da es mehrere Beamte waren) als von vermeintlichen Tätern abgegeben angesehen. Winter hatte allerdings das Beden, daß er, nachdem er von einem Polizeischuß geteilt und zu Boden geschoben worden war, er hatte außerdem einen Arm schuß bekommen,

auf einer Pistole lag. Diese Waffe sollte, so sagte er, zu fällig dort gelegen haben oder aber ein Beamter hätte sie ihm „ins Kreuz geschossen“. Das wurde ihm natürlich nicht geglaubt. Die von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends dauernde Verhandlung ergab keine

### Am Sonntag und Montag hielt das Reichsamt für Arbeit und Sozialwesen

Am Sonntag und Montag hielt das Reichsamt für Arbeit und Sozialwesen in Berlin eine öffentliche Sitzung für die Angehörigen der freien Angestellten und Arbeiter in der Reichsbahn.

„Demokratie, Verfassung, Koalitionsfreiheit usw.“

Der Redner gab einleitend einen weitläufigen Überblick über die geschichtliche Entwicklung der Arbeiterbewegung in Deutschland, die anders liegen als die Geschichtsentwicklungen, mit denen man den sogenannten „Rosenbergschmerz“ heute die Schuld an der Krise zur Last legt. Das Wesen der demokratischen Republik veranschaulichte der Redner an den Beispielen England, Amerika und Frankreich. Besonders Frankreich hat eine glücklichere Wirtschaftsstruktur bekommen, als es im Jahre 1789 seinen Grundbesitz verlor. Geschichtliche Umwälzungen müssen allgemein während des revolutionären Krieges geschehen. Die Weimarer Verfassung wollte oder mußte viele Dinge der Zukunft vorbehalten, dadurch belastete man die Zukunft vor. Man wollte eine Wirtschaftsverfassung schaffen, die ohne Zertor nur sich geben konnte, die erreicht werden konnte, ohne die Kulturböse zu gefährden. Der Versuch der republikanischen Regierungen der letzten vierzehn Jahre ist im Grunde genommen, einen Ausgleich zu schaffen zwischen allen Interessen (Industrie, Arbeiter, Arbeiter und Wirtschaft).

Der von Hitler angeführte „Kampf gegen den Marxismus“ ist so zu verstehen, daß bei dem neuen Ausgleich der Kräfte die Arbeiterklasse und die Angestelltenklasse ausfallen soll.

Eingehend kam der Redner dann auf die Herrschaft der Bürokratie zu sprechen, die verhängnisvoll gemein ist und sofort nach der Revolution große Teile der Aufgaben des Parlamentes an sich gerissen hat. Der Antisemitismus orientierte sich an den höheren Schichten. Ihm kam es lediglich auf die Erhaltung seines Lebensstandes an. Ein besonderes Kapitel spielt hier die Justiz. Diese Bürokratie hat

Am Sonntagvormittag begann der zweite Teil

Am Sonntagvormittag begann der zweite Teil

Am Sonntagvormittag begann der zweite Teil

Am Sonntagvormittag begann der zweite Teil

Am Sonntagvormittag begann der zweite Teil

Am Sonntagvormittag begann der zweite Teil

### Kreis Jorgau

### Einheitsliste für die Gemeindevahlen

Kommunisten drücken dem sozialdemokratischen Gemeindevorsteher ihr Vertrauen aus

Daheim. Der Vorliegende des Ortsvereins der SPD. hatte am 17. Februar eine Versammlung anberaumt, zu der er die Wähler der SPD. und auch der KPD. geladen hatte. Zum Thema stand: „Anstellung der Kandidatenliste zur Gemeindevahlen.“ Der Gemeindevorsteher Genosse Wilhelm Schug führte in kurzen Zügen aus, was die Arbeiterbewegung seit Erringung der Mehrheit im Gemeinderat geleistet hat. Bekanntlich hatte bei den Gemeinderatswahlen am 17. No-

vember 1929 die Liste der SPD. die Mehrheit errungen und konnte somit auch den Gemeinderat vorbereiten für sich beantragen. Es ist in den Jahren der Antirätezeit des Genossen Schug erprobte Arbeit zum Wohle der Gemeinde geleistet worden. Dies mußte selbst unbefangene Betrachter von der bürgerlichen Seite zugeben. Jedenfalls kann als Vertrauensvotum für die Liste der SPD. gebucht werden: Hiltnerführer ist W. Schug. Dieser Vorschlag wurde von den Anwesenden einstimmig angenommen.

Zur weiteren Vervollständigung der Liste wurden alle erprobte Genossen in Vorschlag gebracht. Alle Vorschläge wurden fast reiflos einstimmig angenommen.

Der Ausführlichkeit halber sei hier noch gesagt, daß auch kommunistisch orientierte Genossen auf der Liste der SPD. an ausführender Stelle stehen. Diesem ist auch diesem Wunsch der kommunistisch eingestellten Bevölkerung entgegenzukommen. Alles in allem bedeutet die Zusammenstellung dieser Liste eine sehr glückliche Lösung.

Alle Arbeiterschaft von Daheim und alle, die ihr auch mit ihr verbunden sind: Am 5. und 12. März wird sozialistisch gewählt! Freiheit!

### Kreis Jorgau

### Kreisstadts- und Stadtverordneten-kandidaten aufgestellt

Die Kreisversammlung der Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurde am 12. März in Jorgau abgehalten. Die Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurden am 12. März in Jorgau abgehalten. Die Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurden am 12. März in Jorgau abgehalten.

Die Kreisversammlung der Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurde am 12. März in Jorgau abgehalten. Die Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurden am 12. März in Jorgau abgehalten.

Die Kreisversammlung der Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurde am 12. März in Jorgau abgehalten. Die Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurden am 12. März in Jorgau abgehalten.

### Kreis Jorgau

### Vorschlag der SPD. in Dommitzsch

Dommitzsch. Die am Sonntagvormittag stattgefundene Kreisversammlung der SPD. in Dommitzsch wurde am 12. März in Dommitzsch abgehalten. Die Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurden am 12. März in Dommitzsch abgehalten.

Die Kreisversammlung der Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurde am 12. März in Dommitzsch abgehalten. Die Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurden am 12. März in Dommitzsch abgehalten.

Die Kreisversammlung der Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurde am 12. März in Dommitzsch abgehalten. Die Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurden am 12. März in Dommitzsch abgehalten.

Die Kreisversammlung der Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurde am 12. März in Dommitzsch abgehalten. Die Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurden am 12. März in Dommitzsch abgehalten.

### Und was kommt nun?

Am Sonntag und Montag hielt das Reichsamt für Arbeit und Sozialwesen in Berlin eine öffentliche Sitzung für die Angehörigen der freien Angestellten und Arbeiter in der Reichsbahn.

„Demokratie, Verfassung, Koalitionsfreiheit usw.“

Der Redner gab einleitend einen weitläufigen Überblick über die geschichtliche Entwicklung der Arbeiterbewegung in Deutschland, die anders liegen als die Geschichtsentwicklungen, mit denen man den sogenannten „Rosenbergschmerz“ heute die Schuld an der Krise zur Last legt. Das Wesen der demokratischen Republik veranschaulichte der Redner an den Beispielen England, Amerika und Frankreich. Besonders Frankreich hat eine glücklichere Wirtschaftsstruktur bekommen, als es im Jahre 1789 seinen Grundbesitz verlor. Geschichtliche Umwälzungen müssen allgemein während des revolutionären Krieges geschehen. Die Weimarer Verfassung wollte oder mußte viele Dinge der Zukunft vorbehalten, dadurch belastete man die Zukunft vor. Man wollte eine Wirtschaftsverfassung schaffen, die ohne Zertor nur sich geben konnte, die erreicht werden konnte, ohne die Kulturböse zu gefährden. Der Versuch der republikanischen Regierungen der letzten vierzehn Jahre ist im Grunde genommen, einen Ausgleich zu schaffen zwischen allen Interessen (Industrie, Arbeiter, Arbeiter und Wirtschaft).

Der von Hitler angeführte „Kampf gegen den Marxismus“ ist so zu verstehen, daß bei dem neuen Ausgleich der Kräfte die Arbeiterklasse und die Angestelltenklasse ausfallen soll.

Eingehend kam der Redner dann auf die Herrschaft der Bürokratie zu sprechen, die verhängnisvoll gemein ist und sofort nach der Revolution große Teile der Aufgaben des Parlamentes an sich gerissen hat. Der Antisemitismus orientierte sich an den höheren Schichten. Ihm kam es lediglich auf die Erhaltung seines Lebensstandes an. Ein besonderes Kapitel spielt hier die Justiz. Diese Bürokratie hat

Am Sonntagvormittag begann der zweite Teil

Am Sonntagvormittag begann der zweite Teil

Am Sonntagvormittag begann der zweite Teil

Am Sonntagvormittag begann der zweite Teil

Am Sonntagvormittag begann der zweite Teil

### Kreis Jorgau

### Einheitsliste für die Gemeindevahlen

Kommunisten drücken dem sozialdemokratischen Gemeindevorsteher ihr Vertrauen aus

Daheim. Der Vorliegende des Ortsvereins der SPD. hatte am 17. Februar eine Versammlung anberaumt, zu der er die Wähler der SPD. und auch der KPD. geladen hatte. Zum Thema stand: „Anstellung der Kandidatenliste zur Gemeindevahlen.“ Der Gemeindevorsteher Genosse Wilhelm Schug führte in kurzen Zügen aus, was die Arbeiterbewegung seit Erringung der Mehrheit im Gemeinderat geleistet hat. Bekanntlich hatte bei den Gemeinderatswahlen am 17. No-

vember 1929 die Liste der SPD. die Mehrheit errungen und konnte somit auch den Gemeinderat vorbereiten für sich beantragen. Es ist in den Jahren der Antirätezeit des Genossen Schug erprobte Arbeit zum Wohle der Gemeinde geleistet worden. Dies mußte selbst unbefangene Betrachter von der bürgerlichen Seite zugeben. Jedenfalls kann als Vertrauensvotum für die Liste der SPD. gebucht werden: Hiltnerführer ist W. Schug. Dieser Vorschlag wurde von den Anwesenden einstimmig angenommen.

Zur weiteren Vervollständigung der Liste wurden alle erprobte Genossen in Vorschlag gebracht. Alle Vorschläge wurden fast reiflos einstimmig angenommen.

Der Ausführlichkeit halber sei hier noch gesagt, daß auch kommunistisch orientierte Genossen auf der Liste der SPD. an ausführender Stelle stehen. Diesem ist auch diesem Wunsch der kommunistisch eingestellten Bevölkerung entgegenzukommen. Alles in allem bedeutet die Zusammenstellung dieser Liste eine sehr glückliche Lösung.

Alle Arbeiterschaft von Daheim und alle, die ihr auch mit ihr verbunden sind: Am 5. und 12. März wird sozialistisch gewählt! Freiheit!

### Kreis Jorgau

### Kreisstadts- und Stadtverordneten-kandidaten aufgestellt

Die Kreisversammlung der Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurde am 12. März in Jorgau abgehalten. Die Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurden am 12. März in Jorgau abgehalten.

Die Kreisversammlung der Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurde am 12. März in Jorgau abgehalten. Die Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurden am 12. März in Jorgau abgehalten.

Die Kreisversammlung der Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurde am 12. März in Jorgau abgehalten. Die Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurden am 12. März in Jorgau abgehalten.

Die Kreisversammlung der Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurde am 12. März in Jorgau abgehalten. Die Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurden am 12. März in Jorgau abgehalten.

### Kreis Jorgau

### Vorschlag der SPD. in Dommitzsch

Dommitzsch. Die am Sonntagvormittag stattgefundene Kreisversammlung der SPD. in Dommitzsch wurde am 12. März in Dommitzsch abgehalten. Die Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurden am 12. März in Dommitzsch abgehalten.

Die Kreisversammlung der Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurde am 12. März in Dommitzsch abgehalten. Die Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurden am 12. März in Dommitzsch abgehalten.

Die Kreisversammlung der Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurde am 12. März in Dommitzsch abgehalten. Die Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurden am 12. März in Dommitzsch abgehalten.

Die Kreisversammlung der Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurde am 12. März in Dommitzsch abgehalten. Die Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurden am 12. März in Dommitzsch abgehalten.

### Und was kommt nun?

Am Sonntag und Montag hielt das Reichsamt für Arbeit und Sozialwesen in Berlin eine öffentliche Sitzung für die Angehörigen der freien Angestellten und Arbeiter in der Reichsbahn.

„Demokratie, Verfassung, Koalitionsfreiheit usw.“

Der Redner gab einleitend einen weitläufigen Überblick über die geschichtliche Entwicklung der Arbeiterbewegung in Deutschland, die anders liegen als die Geschichtsentwicklungen, mit denen man den sogenannten „Rosenbergschmerz“ heute die Schuld an der Krise zur Last legt. Das Wesen der demokratischen Republik veranschaulichte der Redner an den Beispielen England, Amerika und Frankreich. Besonders Frankreich hat eine glücklichere Wirtschaftsstruktur bekommen, als es im Jahre 1789 seinen Grundbesitz verlor. Geschichtliche Umwälzungen müssen allgemein während des revolutionären Krieges geschehen. Die Weimarer Verfassung wollte oder mußte viele Dinge der Zukunft vorbehalten, dadurch belastete man die Zukunft vor. Man wollte eine Wirtschaftsverfassung schaffen, die ohne Zertor nur sich geben konnte, die erreicht werden konnte, ohne die Kulturböse zu gefährden. Der Versuch der republikanischen Regierungen der letzten vierzehn Jahre ist im Grunde genommen, einen Ausgleich zu schaffen zwischen allen Interessen (Industrie, Arbeiter, Arbeiter und Wirtschaft).

Der von Hitler angeführte „Kampf gegen den Marxismus“ ist so zu verstehen, daß bei dem neuen Ausgleich der Kräfte die Arbeiterklasse und die Angestelltenklasse ausfallen soll.

Eingehend kam der Redner dann auf die Herrschaft der Bürokratie zu sprechen, die verhängnisvoll gemein ist und sofort nach der Revolution große Teile der Aufgaben des Parlamentes an sich gerissen hat. Der Antisemitismus orientierte sich an den höheren Schichten. Ihm kam es lediglich auf die Erhaltung seines Lebensstandes an. Ein besonderes Kapitel spielt hier die Justiz. Diese Bürokratie hat

Am Sonntagvormittag begann der zweite Teil

Am Sonntagvormittag begann der zweite Teil

Am Sonntagvormittag begann der zweite Teil

Am Sonntagvormittag begann der zweite Teil

### Kreis Jorgau

### Einheitsliste für die Gemeindevahlen

Kommunisten drücken dem sozialdemokratischen Gemeindevorsteher ihr Vertrauen aus

Daheim. Der Vorliegende des Ortsvereins der SPD. hatte am 17. Februar eine Versammlung anberaumt, zu der er die Wähler der SPD. und auch der KPD. geladen hatte. Zum Thema stand: „Anstellung der Kandidatenliste zur Gemeindevahlen.“ Der Gemeindevorsteher Genosse Wilhelm Schug führte in kurzen Zügen aus, was die Arbeiterbewegung seit Erringung der Mehrheit im Gemeinderat geleistet hat. Bekanntlich hatte bei den Gemeinderatswahlen am 17. No-

vember 1929 die Liste der SPD. die Mehrheit errungen und konnte somit auch den Gemeinderat vorbereiten für sich beantragen. Es ist in den Jahren der Antirätezeit des Genossen Schug erprobte Arbeit zum Wohle der Gemeinde geleistet worden. Dies mußte selbst unbefangene Betrachter von der bürgerlichen Seite zugeben. Jedenfalls kann als Vertrauensvotum für die Liste der SPD. gebucht werden: Hiltnerführer ist W. Schug. Dieser Vorschlag wurde von den Anwesenden einstimmig angenommen.

Zur weiteren Vervollständigung der Liste wurden alle erprobte Genossen in Vorschlag gebracht. Alle Vorschläge wurden fast reiflos einstimmig angenommen.

Der Ausführlichkeit halber sei hier noch gesagt, daß auch kommunistisch orientierte Genossen auf der Liste der SPD. an ausführender Stelle stehen. Diesem ist auch diesem Wunsch der kommunistisch eingestellten Bevölkerung entgegenzukommen. Alles in allem bedeutet die Zusammenstellung dieser Liste eine sehr glückliche Lösung.

Alle Arbeiterschaft von Daheim und alle, die ihr auch mit ihr verbunden sind: Am 5. und 12. März wird sozialistisch gewählt! Freiheit!

### Kreis Jorgau

### Kreisstadts- und Stadtverordneten-kandidaten aufgestellt

Die Kreisversammlung der Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurde am 12. März in Jorgau abgehalten. Die Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurden am 12. März in Jorgau abgehalten.

Die Kreisversammlung der Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurde am 12. März in Jorgau abgehalten. Die Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurden am 12. März in Jorgau abgehalten.

Die Kreisversammlung der Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurde am 12. März in Jorgau abgehalten. Die Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurden am 12. März in Jorgau abgehalten.

Die Kreisversammlung der Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurde am 12. März in Jorgau abgehalten. Die Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurden am 12. März in Jorgau abgehalten.

### Kreis Jorgau

### Vorschlag der SPD. in Dommitzsch

Dommitzsch. Die am Sonntagvormittag stattgefundene Kreisversammlung der SPD. in Dommitzsch wurde am 12. März in Dommitzsch abgehalten. Die Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurden am 12. März in Dommitzsch abgehalten.

Die Kreisversammlung der Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurde am 12. März in Dommitzsch abgehalten. Die Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurden am 12. März in Dommitzsch abgehalten.

Die Kreisversammlung der Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurde am 12. März in Dommitzsch abgehalten. Die Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurden am 12. März in Dommitzsch abgehalten.

Die Kreisversammlung der Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurde am 12. März in Dommitzsch abgehalten. Die Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurden am 12. März in Dommitzsch abgehalten.

Die Kreisversammlung der Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurde am 12. März in Dommitzsch abgehalten. Die Kandidaten für den Kreisstadts- und Stadtverordnetenwahl wurden am 12. März in Dommitzsch abgehalten.

### Schafft Wahlpulver!

Der Faschismus schießt mit den goldenen Kugeln der Großindustrie!

Der Faschismus schießt mit den goldenen Kugeln der Großindustrie!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt



# Gefährliche Lohnabbau-Vorstöße

## Immer gegen Arbeiter

Deutschland verjüngt sich. Die schlaue Elite wird jetzt hochmoderner. Der Hungerriemen wird noch enger geschnürt. In einer ganzen Reihe von Anbaurücklagen machen die Unternehmer Miene, nun in der Lohnfrage aufzugeben zu gehen.

Wundern kann man sich darüber nicht. Die neuen Lohnabbauvorstöße stellen sich nicht so ungeheuer ein. Die Schatzkammer glauben, daß jetzt ihre Zeit gekommen ist. In verschiedenen Stellen sind sie plötzlich wieder sehr aktiv. Nicht nur aus dem Baugewerbe, worüber wir bereits berichtet haben, auch aus der Textilindustrie, aus dem Holzgewerbe, aus der Glasindustrie und vor allem aus der Landwirtschaft kommen jetzt unerwartete Meldungen.

Bei den Aandbunda-grazieren scheint in der Lohnfrage jede Vernunft reflexlos zum Teufel gegangen zu sein. Die furchtbaren Vermittlungen des zweijährigen wirtschaftsverstörenden Lohnab-

baus haben auf diese Herrschaften, die heute im neuen Kurs ein gemäßigtes Wort mitzubringen, nicht den geringsten Eindruck gemacht. Sie fordern eine weitere Verringerung der bereits unheimlich tief gesunkenen und heute wahrhaft jämmerlich niedrigen Löhne. Da sie mit der Unterstützung eines neuen Lohnabbaus ihre Ware bei verminderter Kaufkraft loswerden, kümmern sie sich nicht. Woju solche Sorgen? Die neue Regierung ist ja ihre Regierung. Selbstverständlich sind die ärgsten Oppositionen auch die ärgsten Lohnverdränger.

Die Arbeitgebergruppe des pommerischen Bundes im Kreis Uckermünde verlangt von der Gewerkschaft des Deutschen Anbauvereinsverbandes in Stettin die Einwilligung in eine Senkung der Stundenlöhne der Freiarbeiter von 38 auf 25 Pfennig, also sage und schreibe um 13 Pfennig. Die Bezüge der Uckermünder und der Sonntagsarbeit, für die der Tarifvertrag bisher einen einheitlichen Satz von 51 Pfennig in der Spitze vorsah, soll auf 30 Pfennig, also um 21 Pfennig pro

Stunde herabgesetzt werden. Auch die Löhne der Halbdarstellerinnen und Frauen sollen eine wesentliche Verschlechterung erfahren. Für den Kreis Uckermünde-Wollin liegen ähnliche Forderungen vor. Offen sind in anderen Kreisen die Tarife abgelehnt worden, und man muß sich auch hier auf öffentliche Hemmungstaktiken der Großagraren verlassen, wie sie im Kreis Uckermünde in Erfahrung getreten sind. Unter den Landarbeitern herrscht angefaßt der neue Lohnabbauforderungen ungeheure Erregung.

Man muß sich vergegenwärtigen, daß sich die Lage der Landarbeiter und ganz besonders die der Freiarbeiter recht verschlechtert hat. Der Weltmarkt ist nicht einmal die Hälfte der Wohlfahrtsunterstützung. Dazu kommt, daß die Landarbeiter heute im Gegensatz zu früher fast nur noch 3 bis 4 Monate im Jahr Arbeit leisten. Die Landarbeitelöhne, wie sie jetzt bestehen, gestalten sich nicht einen neuen Abbau, auch nicht den geringsten.

## Laufsprecher Goebbels

Herr Dr. Goebbels, Berliner Gauleiter und Reichspropagandachef der Hitler-Partei, erklärte in seinem „Hindenburg-Prozess“, er habe im Jahre 1925 für Herrn von Hindenburg vierzehn Tage lang in belgischen Gefängnissen gedrückt und sei dort mit Keitpeitschen verdroschen worden. Die Nachprüfung des Tatbestandes aber ergibt die völlige Unwahrheit der Goebbelschen Behauptungen, so daß Goebbels von einer Berliner nationalsozialistischen Zeitung hierfür dreizehn Mal als

### abgefeimter Lügner

bezeichnet wird, — ohne in der Lage zu sein, sich gegen diesen Vorwurf zur Wehr zu setzen!

# Nicht locker lassen, immer wieder fragen!

Jeder, der gegen die Verflistung des Volkes ist, muß jetzt nicht nur Wähler, sondern selbst Agitator von Mund zu Mund sein.

Jede Gelegenheit muß benutzt werden, um die Anhänger der Nazis an die Forderungen und Versprechungen ihrer Partei, an ihre Kriegserklärungen gegen Papen und Fugenberg zu erinnern.

### Es darf für die Nazis kein Ausweichen mehr geben.

- Frage! jeden, wann die Erfüllung der Sofortforderungen kommt.
- Frage! jeden, was er über den Inhalt der Vierjahrespläne weiß.
- Frage! warum die neue Regierung vor dem Reichstag nicht erschienen war.
- Frage! warum Hitler die Fragen des Zentrums nicht beantwortet hat.
- Frage! warum man die neue Verordnung gegen die Freiheit der Presse und der Versammlungen braucht.
- Frage! warum Fugenberg alle wirtschaftlichen Ministerposten im Reich und in Preußen besetzt.
- Frage! warum man die Börse nicht verbietet, sondern zu beruhigen versucht.
- Frage! warum die Wiesen und die Steuern nicht ermäßigt werden.

## Brolat-Prozess

In dem Berliner Prozess gegen den des Faltsch eines beschuldigten früheren BZG-Direktor Brolat stellt der Vorliegende am Dienstag fest, daß aus dem Protokoll über die Vernehmung Brolats am 30. Oktober 1929 nicht herzugehen, ob und in welcher Art Brolat über seine Eidespflicht befragt worden sei. Zur Sache selbst wurden eine ganze Reihe von Zeugen vernommen. Den Chefs und Angestellten der Firma Keller u. Furch, von der die Skandale Anläufe für ihre Freunde bezogen hatten, wollte der Vertreter der Staatsanwaltschaft nachweisen, daß sie dem kriminalpolizeilichen Sachverständigen nach der Verhaftung der Skandale bereits unrichtige Kontenansätze vorlegen ließen. Die Keller-u.-Furch-Zeugen bestritten derartige Täuschungsabsichten. Schließlich wurde nach der früheren Stadtbauinspektor Hoffmann vernommen, dessen leistungsfähige Kreditgewährung seinerzeit im Skandale-Prozess eine erhebliche Rolle spielte. Hoffmanns Vernehmung bestätigte den früheren Eindruck, daß der Stadtbauinspektor dem Amt, das er vertrat, nicht gewachsen war. Der Zeuge bestritt im übrigen, daß er nach Aufdeckung des Skandales-Standals Direktor Brolat inoffiziell erludt habe, ihm bei der Verfolgung seiner freundschaftlichen Beziehungen zu den Skandals behilflich zu sein. Hier steht Auslage gegen Auslage. Fortsetzung der Verhandlung am Donnerstag.

## Eine Ermordete aufgefunden

Eigener Bericht

Die Leiche der seit zwei Monaten verschwundenen Kontristin Schneider aus Herford, die auf einer Fahrt nach Dortmund spurlos verschwunden war, wurde am Montag in der Nähe von Dortmund-Dorfstedt in einem Acker einen Meter tief vergraben aufgefunden. Sie war wie der Holzgroßhändler Harowitz mit einem Strick erdrosselt worden. Als Täter kommt der in dieser Mordfrage verhaftete Arbeiter Scheer in Frage.

## 23 Wölfe erlegt

Zwischen den rumänischen Ostflüssen Runt und Miatra Epei wurden drei patrouillierende Gendarmen von mehreren Wölfen angefallen. Die gefährdeten Beamten schlugen auf einen Baum und schossen auf ihre Angreifer. Im Verlauf einer Bierzeltstunde wurden nicht weniger als 23 Wölfe getötet. Der Rest flüchtete.

## Eisernmord

Ein Polizeibeamter aus Karlsruhe hat seinen Freund in einem Anfall von Eifersucht erschossen und seine Braut durch einen Schuß verletzt. Der Täter wurde verhaftet.

## Betrunkener Lokomotivführer

In Rattow (Polen) stießen ein Personenzug und ein Güterzug zusammen. Durch die Explo-

sion eines Gasbehälters wurden mehrere Personen verletzt. Die Katastrophe wird damit erklärt, daß der eine der Lokomotivführer betrunken gewesen sein soll.

## 16000 Mark unterschlagen

Der Gemeindevorsteher Hamble aus Spreenhagen bei Berlin wurde unter dem Verdacht der Veruntreuung von 16000 Mark verhaftet. Außerdem hat er allem Anschein nach Raffensbücher und wichtige Belege, aus denen der Radweg seiner Untreue zu erbringen sein dürfte, vernichtet.

## Dhr und Rase . . .

In Guten-Ohrnenborn (Schlesien) überfiel ein eifersüchtiger Liebhaber seinen erfolgreicheren Nebenbuhler und biß ihm Dhr und Rase ab.

## Sechs Personen verbrannt

In der Nähe von Rairo wurde ein Arbeiterdorf eingeeigert. Sechs Frauen kamen in den Flammen um.

## Heimannsberg Verbandsführer

Die Reichsgewerkschaft deutscher Polizeibeamter, die Spigenorganisation des größten Teils der deutschen Polizeibeamtenverbände, hat den früheren Kommandeur der Berliner Schutzpolizei Heimannsberg zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Heimannsberg ist damit nicht nur Vorsitzender des Verbandes preußischer Polizeibeamter, sondern auch Vorsitzender der Spigenorganisation. Vom stellvertretenden Vorsitzenden wurde Kriminalkommissar Brebeck gewählt.

## Appell an die Frauen

Die Frauen haben ein besonderes Interesse daran, den Sieg eines Gewaltregiments zu verhindern.

Sie wissen, weil seelische und materielle Not die täglichen Ausschreitungen gewalttätiger Banden über unschuldige Familien bringen.

Sie wissen, daß der Nationalsozialismus selbst betrunken, die Frau nur wieder zur Dienerin, zur Magd herabgewürdigt werden, sie soll tochen und Kinder gebären, aber nicht mitsprechen in Staat und Gemeinde.

Die Frau selbst am stärksten unter den Kürzungen der Löhne, Unterhaltungen und Renten, die seit dem Anwachsen der Nationalsozialisten in Deutschland durchgeführt wurden.

Deshalb, Frauen und Mädchen, kämpft an der Seite der Männer gegen die faschistische Gefahr.

Für Seite 2!

## Der nationale Haß

Gegen die Freiheit der Sozialdemokraten

Der Haß der Nationalsozialisten gegen die Sozialdemokratie zeigt die giftigsten Blüten. In Anhalt haben sie im Landtag einen Antrag eingebracht, der vom Staatsministerium fordert, „daß kein Beamter oder staatlicher Angestellter hinfür der Sozialdemokratischen Partei angehören, bzw. sich für diese betätigen darf.“ Gegen Zumbergbande soll ein Disziplinerverfahren eingeschleitet werden. Die Begründung dieses Antrags ist von fasslicher Einfachheit und Schönheit. Sie lautet: Das Verhalten der Sozialdemokratischen Partei in Vergangenheit und Gegenwart hat bewiesen, daß diese fortgesetzt staats- und landesgefährlichen Charakter angenommen hat.

Da wären wir also glücklich wieder so weit, wie wir unter dem Regime der Hohenzollern waren. Ein Sozialdemokrat darf nicht einmal Radwegfahrer werden. Das ist die neue Freiheit der Hitler-Regierung. Selbstverständlich ist die Forderung der Anhalter Nationalsozialisten nach der Verfallung unzulässig. Die Geschichte lehrt, daß ihr die Weichen nichts lehrt. Wie mar dieses Wort Hegels wahrer als heututage in Deutschland.

## Ueberfall in Gleiwitz

Eigener Bericht

Breslau, 21. Februar  
Am Montagabend verübte ein harter Trupp von SA-Leuten in der Bahnhofstraße in Gleiwitz einen Ueberfall auf eine Gruppe Reichsbankleute, die von einer Kundgebung der Eisernen Front heimkehrten. Die Jungbannkameraden wurden mit dem Gummiknüppel niedergeschlagen und in vielfacher Weise mißhandelt.

Zwei Kameraden mußten bewußtlos vom Platz gesetzt werden, drei wurden niedergeschlagen und trugen schwere Verletzungen davon.

Nach dieser Bluttat sammelten sich die SA-Kräfte auf dem Gernantapich und verurteilten eine von einem Sozialdemokraten bewirtschaftete Gaststätte zu schließen. Sie gerimmerten sämtliche Fensterläden des Lokals. Die herbeigerufene Polizei übte gegenüber den Begehrern die größte Zurückhaltung. Der Polizeioffizier war nach energischen Vorstellungen dazu zu bewegen, den Radwegler der überfallenen Jugendlichen durch Polizeibeamte sichern zu lassen.

## Aufgehobenes Demonstrationsverbot

Köln, 20. Februar.

Das Verbot von Versammlungen der Sozialdemokratischen Partei unter freiem Himmel ist am Montag aufgehoben worden. Es erbit bis auf weiteres den örtlichen Polizeiverordnungen überlassen, ob sie derartige Versammlungen gestatten wollen oder nicht.

## Wir: Wir waren zu anständig

Eigener Bericht

Bochum, 21. Februar.

In einer Kundgebung des Bochumer Zentrums mit dem Reichstanzler a. D. Dr. Wirtz als Redner wurde der beurlaubte Polizeipräsident Graf, der dem Zentrum angehört, förmlich gefeiert. Als Graf im Saal erschien, wurde er minutenlang von den 4000 Anwesenden begrüßt. Der Jubel steigerte sich, als Graf in einer Ansprache zur Ruhe und Ordnung mahnte und erklärte, wo Fürsten Löwenstein bis zum letzten Kumpel müsse man sich einig in der Liebe zum Volke sein. Die Begeisterung erreichte ihren Höhepunkt, als Dr. Wirtz dem Polizeipräsidenten im Namen des ganz Sitzbeifall seine Subjugation bedankte. Die Beurlaubung der Beurlaubung des Oberpräsidenten Gronowki wurde mit förmlichen Rufern aufgenommen.

In seiner Rede erklärte Dr. Wirtz, wenn er vor dem Kaiserhof stehen dürfe, müsse dann könne er sich nur eines Borgehens kundig fühlen, zu nachsichtig und zu anständig gegen die Feinde der Republik gewesen zu sein.

Am Hinblick auf die außenpolitische Situation sagte er, das deutliche Volk könne nur dann einen neuen Jollierung entgegen, wenn eine einigende Linie von Strober bis zur Sozialdemokratie gefunden würde.

## 136 Nazis unter 1400 Stimmen

Eigener Bericht

Köln, 20. Februar.

Die Wahlen zur Kreislehrertamm brachten den Nazis eine große Enttäuschung. Von 2049 Wahlberechtigten gingen 1400 oder 72,8 Proz. zur Wahl. Die Nationalsozialisten erhielten 136 Stimmen (6,6 Proz. der Kölnner Lehrerkräfte) und 2 Mandate. Die übrigen Lehrerverbände erzielten 19 Mandate.

## Börsen, Märkte und Handel

Berliner Getreidebörsen vom 21. Februar

Spekulation in Exportschmalen  
Am Vorpommarkt hätte Roggen am Dienstag ebenfalls 1 Mark, während sich Weizen um 1 Mark erhohen konnte. Nach auf dem Eiermarkt waren die Weizenmehlnotierungen bis um 1½ Mark (sehr, während die Roggenmehlnotierungen nur um etwa 25 bis 30 Pfennige anwogen. Die Getreidepreise beim Weizen hat mit dem Anstieg und mit Weizen nichts zu tun. Es handelt sich um eine rein spekulativ Angelegenheit. Das Weizenmehlnotierungsinstitut gibt seit Ende Januar keine neuen Weizennotierungen mehr aus. Man hat sich eine Veranbarung der Weizennotierung eingeleitet. Dieser letztere Schritt führte zu einer Steigerung der Weizennotierung bis um 5 Mark. Davon profitieren auch die Weizennotierungen.

20. Februar 21. Februar

Weizen (ab märkische Mengen in Mark)		
Roggen	154-156	153-155
Weizen	168-177	168-177
Patulle und Weizen	160-177	160-177
Weizen	121-124	121-124
Weizenmehl	232-260	232-260
Roggenmehl	204-240	204-240
Weizenmehl	845-855	845-855
Roggenmehl	845-855	845-855

Bezugspreise für Weizen: Weizen: März 2104 bis 211 (Bertrag 200), Mai 2104-2124 (200), Roggen: März 1684-168 (168), Mai 1704-170 (170), Weizen: März 1804 (180), Mai 1804 (180).

## Berliner Viechmarkt

Am Dienstag trat auf dem Berliner Viechmarkt der vorausgesehene Ueberfall ein. An den besten letzten Märkten war der Auftrieb durchwegs stark und die Preise hatten zu erheblichen Steigerungen geführt. Am Dienstag waren die Märkte durchwegs gründlich besetzt. Bei mehr als vierzig Stück Vieh konnten im letzten Teile die letzten Preise gehalten werden. Auf dem Schweinemarkt haben gegen 10 000 Stiere zum Verkauf angeboten nicht ganz 1000 Stiere am letzten Markt. Notierungen: Schweine: a) über 300 Pfund 43-48 (-), b) 240-300 Pfund 41-42 (42-43), c) 200-240 Pfund 41-42, d) 160-200 Pfund 38-39 (-), e) 120-160 Pfund 34-36 (33-34), f) 80-120 Pfund 28-30 (-), g) 40-80 Pfund 24-26 (-), h) 20-40 Pfund 20-22 (-), i) 12-16 Pfund 18-20 (-), j) 8-12 Pfund 14-16 (-), k) 4-8 Pfund 10-12 (-), l) 2-4 Pfund 6-8 (-), m) 1-2 Pfund 4-6 (-), n) 0,5-1 Pfund 2-4 (-), o) 0,2-0,5 Pfund 1-2 (-).

